

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung:
Drag. II., Havlíčkova 11.

Tag und Nacht:
Tel. 3795.
Nachtr. 6797.

Postfachamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif
berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachlass.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich 1900.

4. Jahrgang.

Freitag, 25. Juli 1924.

Nr. 174.

Die verbotenen Antikriegs-Plakate.

Die große Künstlerin Käthe Kollwitz, deren ergreifende und packende Bilder aus dem Proletarierleben bei allen Kulturkationen bewundernde Anerkennung finden, hat für die große Antikriegskundgebung der sozialdemokratischen Partei ein erschütternd wirkendes Plakat gezeichnet. Im Vordergrund steht eine abgehärmte Proletariermutter, an die sich eine Gruppe bleicher, hohlwangiger Arbeiterkinder anlehnt. Aus dem dunkeln Hintergrunde leuchten visionär die Köpfe einiger Kriegsverletzte auf. Käthe Kollwitz hat damit ein Kunstwerk geschaffen, das eine wichtige Aufgabe gegen die Anstifter des Krieges bedeutet. In allen Orten haben unsere Genossen in diesen Tagen um die Bewilligung zur Affizierung dieses Plakates angefleht, denn auch in der neuen demokratischen Republik gilt noch immer das alte österreichische reaktionäre Gesetz, welches jede Plakatierung von der Zustimmung der zuständigen Behörde abhängig macht. Man hätte meinen können, daß dieses Plakat, das dem Kriege Krieg kündigt, gerade in diesem Staate bei den Behörden keine Anfeindung finden wird, denn seine Kenner rühmen sich doch, daß sie jahrelang im Auslande gegen die österreichischen Machthaber, die die unmittelbaren Kriegsschuldigen waren, die Revolution organisiert haben. Man wird es daher kaum für möglich halten, daß sich Behörden dieses neuen Staates finden, welche den Versuch unternehmen, die Plakatierung dieser Zeichnung zu verbieten. Hier der Beweis, daß das schier undenkbar doch zum Ereignis werden konnte:

Politische Bezirksverwaltung in Raaden.

Am 23. Juli 1924. Zahl 19.974.

An die
Bezirksorganisation Raaden der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
zu Händen des Bezirksvertrauensmannes Herrn
Alexander Schneider
in Raaden.

Ihre Anzeige von der Abhaltung öffentlicher Versammlungen am 26. und 27. Juli 1924 in den Orten Brunnersdorf, Duppau und Meretitg b. Kl. mit der Tagesordnung

„Antikriegskundgebung“

wird zur Kenntnis genommen.

Dagegen bin ich nicht in der Lage, die gleichzeitig angesuchte Plakatierung dieser Versammlung nach dem Muster des vorgelegten Exemplares mit Rücksicht auf die krasse tendenziöse Ausführung zu bewilligen.

Für die Aufrechterhaltung der Ruhe und der Ordnung wird die Leitung der Versammlung persönlich verantwortlich gemacht und sind alle gesetzwidrigen oder der öffentlichen Ruhe widersprechenden Vorgänge zu vermeiden.

Auch das Tragen von aufreizenden Ausschüssen ist verboten.

Gegen diesen Bescheid kann die Berufung an die politische Landesverwaltung binnen 14 Tagen hieranmit eingebracht werden.

Rada pol. spravy: Franz Grohmann.

Der Leiter der politischen Bezirksverwaltung in Raaden findet, daß die Plakate eine „krasse, tendenziöse“ Ausführung zeigen. Wie meint er, soll denn eine wirklich große Künstlerin die Schrecken des Krieges darstellen? Soll sie etwa den Krieg verkünden, das Morden beschönigen, soll sie das Grauen und die Schrecken, die er über die Menschheit brachte, verhüllen und den Krieg so darstellen, daß die Menschen Lust bekommen, sich wieder einer neuen Katastrophe in die Arme treiben lassen? Vom Kriege wahrheitsgemäß sprechen und ihn, sei es auch nur im kleineren Auschnitt, zeichnerisch darstellen, ist allerdings „krass“ und „tendenziös“, aber meint der Herr Leiter der

Unter dem Druce Amerikas.

Nächste Woche Konferenzteilnahme Deutschlands. — Günstiger Stand der Anleihefrage.

London, 24. Juli. (Eigenbericht.) Die Kommissionen der Londoner Konferenz, mit Ausnahme der ersten Kommission, setzten heute vormittag, beziehungsweise nachmittag, ihre Arbeiten fort. Auch die Hauptdelegierten hielten unter dem Vorsitz Macdonalds eine Besprechung ab, die hauptsächlich der Sicherung der Anleihe und der Regelung der Sanktionsfrage galt. Die Einladung Deutschlands wird auf Grund der Bildung einer juristischen Kommission durch die Vollkonferenz bereits als gesichert betrachtet. Die Reichsregierung soll durch den englischen Vertreter in Berlin in diesem Sinne schon instruiert sein. Offiziell wird die Einladung erst erfolgen, wenn die Viererkommission an die Vollkonferenz ihren Bericht erstattet hat. Diese Sitzung dürfte kaum noch diese Woche stattfinden. Eine Einladung Deutschlands kommt also erst für Donnerstag oder Freitag nächster Woche in Frage. Aus dieser Tatsache ergibt sich, daß die Beratungen der Londoner Konferenz insgesamt noch vierzehn Tage in Anspruch nehmen werden. In London rechnet man damit, daß die Verhandlungen mit Deutschland innerhalb drei Tagen beendet werden könnten. Die Ausschüsse treten morgen wiederum zusammen. Die nächste Plenarsitzung wird wahrscheinlich in der nächsten Woche stattfinden. Am Samstag werden die Delegierten wahrscheinlich an der Flottenschau teilnehmen.

Im Verlaufe der Besprechungen, die der amerikanische Staatssekretär Hughes mit englischen Bankiers führte, hat er, wie durchaus zuverlässig verlautet, sich geäußert, daß Amerika an den europäischen Schulden und an der Festigung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse Europas stark interessiert sei und deshalb sein Möglichstes zur Regelung dieser Fragen tun werde. Ferner soll er zum Ausdruck gebracht haben, daß eine günstige Regelung der französischen Schulden an Amerika zu erwarten sei, wenn Frankreich der Ansicht der amerikanischen Bankiers Rechnung trage. Der belgische Ministerpräsident hat diese Erklärung heute zum Anlaß einer eingehenden Besprechung über die Sanktionsfrage mit Herriot genommen.

Es verlautet, daß ein Abkommen über die Anleihe für Deutschland fast nur noch eine Frage von Stunden sei. Aus New York wird berichtet, daß die Londoner und New Yorker Bankiers die Auslegung der Anleihe innerhalb zweier Monate nach Abschluß des Abkommens ins Auge fassen. Dieser Ausschub sei zur Erledigung der technischen Einzelheiten notwendig.

Zusammentritt der beiden Kammern.

Paris, 24. Juli. Nächsten Dienstag tritt sowohl die Kammer als auch der Senat zusammen. Auch der Außenaußschuß des Senates wurde anstatt für Mittwoch schon für Dienstag einberufen, um, wie es heißt, eine eventuelle Mitteilung der Regierung entgegenzunehmen. Der „Intransigent“ schreibt hierzu: Da es wenig wahrscheinlich sei, daß Herriot bis Dienstag oder Mittwoch aus London zurück sein könnte, wird die Kammer zwei oder drei Sitzungen den Nachtragskrediten widmen. Vielleicht könnte sie eine Sondervorlage zur Amnestie, wie sie vom Senate geplant sei und falls sie herablangt, durchberaten. Der Senat sei nämlich nicht geneigt, den von der Kammer angenommenen Text der Amnestievorlage glatt zu bewilligen, er wolle vielmehr öffentlichen Angestellten zum Gegenstande einer Sondervorlage machen, durch welche der Regierung das Recht der Begnadigung übertragen wird.

Eine bewegte Reichstagsitzung.

Berlin, 24. Juli. (Reichstag.) Zu Beginn der heutigen Sitzung kam es wieder zu erregten Szenen, als der Kommunist Kab die sofortige Verhandlung des kommunistischen Antrages auf Aufhebung des Verbotes des kommunistischen Blattes in Hannover forderte. In der Begründung seines Antrages beschimpfte Kab den sozialdemokratischen Oberpräsidenten von Hannover, Roske, der dieses Verbot erlassen hatte, den er einen Mitschuldigen an den Worten Doornmans bezeichnete. Ferner nannte er Roske einen Strolch und Verbrecher, der

staadener Bezirksverwaltung, daß es Aufgabe einer tschechoslowakischen Behörde ist, die Urheber des Krieges vor solchen „krassen“ Anklagen zu schützen? Der Herr Franz Grohmann aus Raaden steht übrigens nicht allein da. Auch die politische Landesverwaltung von Bittlingau hat für die deutsche Gemeinde Erdweis die Affizierung des sozialdemokratischen Antikriegsplakates verboten, und in Prag hat unsere Bezirksorganisation bei der Polizeidirektion am Samstag den 19. Juli die Plakatierung für den 23. und 24. angelehnt, doch

sich in den Zepeln von Hannover herumtreibe. Ein solcher Präsident dürfe seinen Tag länger im Amte bleiben. Diese Beschimpfungen wurden von den Kommunisten mit Beifall aufgenommen. Präsident Wallraff betonte, daß dieser Antrag nur dann sofort verhandelt werden könnte, wenn niemand aus dem Hause dagegen Widerspruch erhebt. Daraus erhob sich Abg. Müller-Frankel (Sozialdemokrat), um diesem Antrag entgegenzutreten, was von den Kommunisten mit großem Lärm quittiert wurde.

Das Haus beschäftigte sich hierauf mehrere Stunden mit den sozialpolitischen Anträgen, über die gestern die Debatte begonnen hatte. Auf Grund der schwierigen Finanzlage des Reiches lehnte die Mehrheit alle über die Ausschussvorschlüsse gehenden Anträge der Sozialdemokraten und Kommunisten ab.

In der Debatte über die Bezüge der Kriegsbefehdigten sprach u. a. auch der nationalistische Abgeordnete Havemann. Als er eine Lobrede auf Ludendorff anstimmte, erhob sich bei den Kommunisten und Sozialdemokraten neuerdings stürmischer Protest.

Regierungskrise in Norwegen.

Christiania, 23. Juli. Das Storting hat mit 22 gegen 16 Stimmen den Regierungsvorschlag, betreffend die Aufhebung des Brauntweinverbotes abgelehnt.

Der Ministerpräsident hat heute Vormittag dem Storting mitgeteilt, daß die Regierung zurücktritt. Die neue Regierung wird am 2. August ernannt werden. Sie wird wahrscheinlich folgendermaßen zusammengesetzt sein:

bis heute überlegt die Polizeidirektion noch immer, ob sie der Plakatierung zustimmen soll oder nicht. In allen diesen Fällen ist unser Zentralparteisekretariat bei der politischen Landesverwaltung eingetreten und fand wenigstens dort so viel Einsicht, daß die Landesverwaltung die Verfügungen der ihr untergeordneten Bezirksverwaltungen aufhob. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß das Denken mancher Leiter der politischen Behörden noch immer so altösterreichisch eingestellt ist, als wenn wir mitten im Kriege leben würden, wo der „De-

jaismus“ von amtswegen als Verbrechen verfolgt wurde und wo die Bezirkshauptleute darüber zu wachen hatten, daß keine Kriegsmüdigkeit in der Bevölkerung sich verbreite. Wenn damals die Behörden alle Äußerungen der Friedenssehnsucht unterdrückten, hatten sie immerhin noch die Ausrede, daß sie die Schwächung der Widerstandskraft zu verhindern bestrebt sein müßten, doch was soll man zu Amtsorganen sagen, die auch heute, zehn Jahre nach Beginn des Weltkrieges, eine „krasse, tendenziöse“ Darstellung der Folgen des furchtbaren Krieges für staatsgefährlich halten!

Nicht sonderbare Auffassungen über die politische Meinungsfreiheit der tschechoslowakischen Staatsbürger hat auch der Leiter der politischen Bezirksverwaltung in Kamenitz a. d. Vinde, im Bezirke Budweis. Dort wollten die tschechischen Kommunisten am 27. Juli eine Antikriegskundgebung veranstalten und erhielten auf ihr Ansuchen um Bewilligung der Versammlung folgenden Bescheid:

Politische Bezirksverwaltung in Kamenitz a. d. Vinde.

Nr. 25.410. Den 19. Juli 1924.

Herrn

Karl Boráček,

Kamenitz a. d. Vinde, Nr. 162.

Ihrem Ansuchen vom 19. Juli 1924 um Bewilligung des Meetings, das am 27. Juli um 10 Uhr vormittags, in Kamenitz a. d. Vinde auf dem Protostplatz abgehalten werden soll, und zwar mit dem Programm: „Der zehnte Jahrestag des Ausbruchs des Weltkrieges“ und „Gegen weitere Nüftungen“ hat die politische Bezirksverwaltung in Kamenitz a. d. Vinde einerseits aus Gründen der Sicherheit, andererseits aus Rücksicht auf die öffentliche Ruhe und Ordnung, da die Ausübung der erwähnten Plakate geeignet wäre, öffentliches Aergernis zu erregen.

Gleichzeitig verwirft die politische Bezirksverwaltung auf Grund des § 23 des Preßgesetzes Ihr Ansuchen um Bewilligung zur Affizierung (Verbreitung) der Plakate, deren Muster hieranmit vorgelegt wurde, und dies mit Rücksicht auf die öffentliche Ruhe und Ordnung, da die Ausübung der erwähnten Plakate geeignet wäre, öffentliches Aergernis zu erregen. Gegen dieses Erkenntnis steht Ihnen die Berufung an die politische Landesverwaltung in Prag während acht Tagen offen, die bei der politischen Bezirksverwaltung in Kamenitz a. d. Vinde zu überreichen ist.

Der amtierende Bezirkskommissär:
(Unterschrift unleserlich.)

Weil gleichzeitig in Kamenitz eine Wallfahrt abgehalten werden soll, dürfen nach der Auffassung des Herrn Unleserlich die Arbeiter den Gedenktag des Kriegsausbruchs nicht feiern! Dieses Erkenntnis ist wahrhaftig ein historisches Dokument dafür, welcher Geist fünf Jahre nach dem Umsturz im Staate sein Wesen treiben darf. Das Auge der Wallfahrer könnte durch den Anblick der gegen den Krieg demonstrierenden Arbeiter beleidigt werden, doch zum Glück wacht der Herr Bezirkskommissär darüber, daß ein solches Mißfallen bei den Fremden vermieden werde. Es bedarf nur noch der Erwähnung der Tatsache, daß der Minister für die Slowakei für die ganze Slowakei das Verbot der Affizierung der Antikriegsplakate und sogar der kleinen Flugblätter, die kommunistische Versammlungen und Demonstrationen ankündigen, erlassen hat, um zu ersehen, wohin wir unter der Herrschaft der allnationalen Koalition geraten sind. Wenn die Regierung auf ihren demokratischen Ruf etwas geben würde, so hätte sie schon längst ihre Organe darüber energisch belehren müssen, daß die alten Polizeimethoden in der Republik nicht betätigt werden dürfen. Aber wir sind im Rückwärtsmarschieren so weit gekommen, daß schon die Brandmarkung der Weltkriegsverbrecher bei den Behörden Nervosität hervorruft und sie darin eine staatsgefährliche Kundgebung erblicken!

Eine Friedensaufgabe der Arbeiter.

In der Inauguraladresse hat Marx die Arbeiter aufgefordert, „selber die Mythen der internationalen Staatskunst zu benehmen, die diplomatischen Streiche ihrer Regierungen zu überwachen“. Viele Jahrzehnte sind vergangen, seit Marx den Arbeitern diese Aufgabe stellte. Sie blieb unerfüllt; die Massen der Arbeiter kümmerten sich bis 1914 viel zu wenig, ja fast gar nicht um die Außenpolitik. So konnte es geschehen, daß sie in den Krieg geworfen wurden, ohne recht zu wissen, wie. So konnte es geschehen, daß sie geistig fast wehrlos waren gegen die amtlichen Kriegslügen, die von den Auktoren des Jahres 1914 an durch mehr als vier Jahre ihnen Tag für Tag als Ergänzung und als Ersatz für die immer unzulänglicher werdende Körper-Nahrung geboten wurden.

Viel anders ist es auch heute noch nicht. Auch jetzt noch ist, trotz der eindringlichen Lehre des Krieges, die Außenpolitik ein Gebiet, auf dem sich die meisten Arbeiter fremd und unsicher fühlen, ja mehr noch: daß sie oft ganz gleichgültig läßt. Wie wenige Arbeiter vermögen die in der Weltpolitik wirkenden Kräfte auch nur einigermaßen richtig einzuschätzen! Wie verhältnismäßig wenige Arbeiter nur kennen das Europa der Nachkriegszeit! Es ist ihnen ein unbekannter Erdteil und sollte doch ihre Heimat sein! — So viel auch von den Verträgen von Versailles, St. Germain, Trianon und Neuilly geredet und geschrieben wird, — wer kennt diese Verträge, die so viel auch gegen sie einzuwenden ist, doch die Grundlagen des europäischen Staatensystems noch für geraume Zeit bilden werden? Es ist keine Entschuldigung, daß auch das Bürgerium von all dem nur wenig weiß. Wir müssen fähig werden, mehr zu wissen als das Bürgerium, wir müssen die weltpolitischen Verhältnisse besser kennen als das Bürgerium, sollen wir eine bessere Außenpolitik machen können.

Wenn auch die sudetendeutschen Arbeiter nicht so wie manche ihrer Bruderparteien, damit zu rechnen haben, in absehbarer Zeit vielleicht selber an Verwaltung und Regierung des Staates und damit auch an der Gestaltung seiner Außenpolitik teilnehmen zu müssen, — sie dürfen sich nicht fatalistisch darcin ergeben, daß für immer ohne sie, ohne Rücksicht auf sie und damit gegen sie Außenpolitik gemacht wird. Wie aber soll es zu einer bestimmten, auf die Außenpolitik gerichteten Wissensbildung des Proletariats kommen, wenn es nicht lernt, sich sehr eingehend mit außenpolitischen Fragen zu beschäftigen? Es genügt nicht, daß die führenden Vertrauensmänner es tun, — die ganze Arbeitererschaft muß es gemeinsam mit ihnen tun oder es kommt der Tag, da die Masse die Politik ihrer Führer nicht mehr versteht, ihr nicht mehr zu folgen vermag und vielleicht wieder die Beute einer klassenfeindlichen Ideologie wird.

Kenntnis der die Weltpolitik bestimmenden Kräfte, der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in anderen Ländern ist nicht nur notwendig, damit das Proletariat die mystischen Schleiern, mit denen auch jetzt wieder die

Diplomaten ihre Geschäfte umkleiden, durchschauen lernt, — sie ist auch notwendig für den proletarischen Befreiungskampf überhaupt. Ein Proletariat, für das nicht jenseits der Grenzpfähle eine dunkle Fremde beginnt, ein Proletariat, das geistig heimisch geworden ist in der Welt, wird die soziale Revolution als gewaltigen geschichtlichen Entwicklungsprozeß verstehen und nicht in kindlicher Einfalt glauben, man könne die soziale Revolution etwa als einmaligen gewaltigen Expropriationsakt nach Belieben zu jeder Zeit „durchführen“, wenn man nur entschlossen genug ist. Alle proletarische Politik muß schließlich bewußt in sozialistische Weltpolitik münden. — Arbeiterpolitik, die sich bewußt nur auf Innenpolitik ohne Rücksicht auf sozialistisches Weltgeschehen beschränken wollte, das wäre keine proletarische Politik.

Das deutsche Proletariat dieses Staates lebt ferne den Brennpunkten politischen Geschehens, den großen Städten, in Kleinstädten und hunderten von Arbeiterdörfern. Darin liegt die Gefahr der Blickverengung, und das macht es hierzulande schwieriger als anderwärts, in den Arbeitern Interesse für weltpolitisches Geschehen zu wecken. — Wirkliches Interesse, das zu ständiger gedanklicher Be-

schäftigung mit diesen Problemen führt. Um so größer unsere Aufgabe! Die Arbeiterbewegung hat schon Großes geleistet, indem sie die landwirtschaftlichen Scheidungen überwand und die Arbeiter dieses Landes zu einer wirklichen Einheit verschmolz. Sie hat noch Größeres zu tun: dieses deutsche Proletariat so zu schulen, daß es auch seine Mission in diesem Staate begreift und nicht nur zu einer innenpolitisch, sondern auch außenpolitisch aktiven Klasse wird. Vertrauensmännerverschulen und Kurse müssen in die Außenpolitik einführen, die sozialdemokratische Presse muß mehr als bisher die „Mythen der internationalen Staatskunst“ entschleiern und zeigen, wie Innen- und Außenpolitik einander bestimmen und durchdringen. Wir können als die Arbeiterklasse einer Weiberheimsnation noch nicht selber versuchen, die Staatskunst zu meistern, wohl aber können und müssen wir die „Streiche der Regierungen“ überwachen, soll nicht das Proletariat, wenn es gleichgültig bleibt, eines Tages wieder schrecklich aus dieser Gleichgültigkeit geweckt werden.

Es ist eine der großen Friedensaufgaben der sozialdemokratischen Parteien, eine ihrer wichtigsten Aufgaben im Dienste des Friedens, die Massen der Arbeiter zu immer größerem Verständnis der Außenpolitik zu führen.

Der Branger für die Kriegsheker.

Christlichsoziale, Deutschnationale und Nationalsozialisten als Kriegsverlängerer und Siegfriedler Arm in Arm. — Wie Kardinal-Fürstbischof Piffel von Wien das Morden gut-hieß. — Ein Feldpostbrief „aus dem Himmel“. — Für Annexionen, gegen die „Friedenswinzler“ der Sozialdemokraten.

Noch vieles und viele fehlen an dem Branger, den wir den Kriegshekern errichtet haben. Da es aber nicht möglich ist, alle die Aufschürer und Aufpeitscher mit all ihren unbergelichen Aussprüchen ans Licht zu zerren, müssen wir uns immer wieder mit knappen Auslesen begnügen. Für heute ein paar Streiflichter über die blutige deutschradikal-christlichsozial-nationalsozialistische Durchhaltezeit von 1915 bis 1917. Durchhalten mußten die anderen, gepredigt haben es die Schwarzröcke sowie die Los von Rom-Schreier und wie die Deutschgelben.

An die Spitze der Liste der heutigen Anzugprangernden gehört dem Rang und der Würde nach Kardinal-Fürstbischof Piffel von Wien, der den frommen Lesern der „Reichspost“ am 15. Juni 1915 zurief:

„Die Stimme Gottes spricht zu uns im Donner der Kanonen... Meine Lieben, er (der Krieg) war notwendig... auch nach dem Ratsschusse Gottes...“

Beim Papst hatte es angefangen, die „Hirten“ folgten die Nordhege fort, indem sie die Verbrechen der Dynastie und Diplomaten zu einem „Ratsschluß Gottes“ umbeten, und die Führer der Herde wünschten vollends den Segen des „Allmächtigen“ auf die blutigen Schwerter herab. So schrieb beispielsweise am 24. September 1915 die „Klerikale“ „Salzburger Chronik“:

„Es ist kein Zweifel, der gegenwärtige Krieg ist im Plane der göttlichen Vorsehung gelegen und durch die lange Dauer desselben will Gott seine bestimmten Zwecke erreichen... Nur ein langer Krieg mit allen seinen Schreden wird bes-

seres Erkennen zum Gemeingut aller machen. Ein Krieg von nur einigen Monaten würde diesbezüglich nur wenig Wandel schaffen.“

Sie wären also gar nicht zufrieden gewesen, wenn der Krieg ein rasches Ende genommen hätte; lang, recht lang mußte er sein, so wollten es die „Klerikalen“ aller Orten. Die „Königliche Volkszeitung“ schrieb am 29. November 1915:

„Wir haben gesehen, daß je länger der Krieg dauert, desto besser unsere Aussichten... Darum nochmals: nur keinen vorzeitigen Frieden!“

Diese empörende Hege trieben die Pfaffen Tag um Tag, Hoch im dritten Kriegswinter donnerien die Bischöfe Österreichs in ihrem Neujahrshirtendbrief 1917:

„Darum wichtiges Gebete: Gott soll dem Krieg ein Ende machen. Wie denn? Soll er den feindlichen Führern und Soldaten den freien Willen nehmen und sie zu Marionetten machen? Oder soll er Legionen von Engeln auf die Welt senden?“

Nicht vor dem frechsten Schwindel schreckten die gesalbten Diener des Herrn und des Imperialisismus zurück, wenn es galt, die Verzweifeltsten immer wieder zur Schlachtbank treiben zu helfen. Ein

„Feldpostbrief aus dem Himmel“

zeigt drastischer als alles die Klerikale Infamie. Er war enthalten in der Aprilnummer 1916 des „Bolschewizusblattes“ und lautet:

„Ihr Menschen auf der Erde könnt Euch überhaupt keinen Begriff machen von der Pracht und dem Glanz, der den Thron unserer Schicksalskönigin umgibt, und von den Wonnen, die sie ihren braven Soldatenkindern bereithält. Ihr hattet gewünscht, ich möchte vom Krieg heimkehren und das Siegesfest mitfeiern und euch dann wieder helfen wie früher. Ich sage euch aber, was der Heiland seinen Jüngern vor der Himmelfahrt gesagt hat: „Es ist gut für Euch, daß ich gegangen bin.“ In Him-mel kann ich euch viel mehr nützen als auf der Welt. Und warum soll ich dort unten Siegesfeste feiern? Ich habe den wahren Sieg gewonnen für die ganze Ewigkeit. Jeden Tag danke ich der lieben Mutter Gottes auf den Knien, daß sie die tödliche Kugel nicht hat abgehalten von meinem Herzen.“

Hierzu hatten wir jedes Wort für überflüssig.

Nun zu den deutschnationalen Siegfriedlern: In deutschradikalen Blättern (siehe „Ascher Zeitung“ vom 7. April und 11. September 1917) fordert Dr. Franz Perko die Fortführung des Krieges „bis zum vollen Siege“, auf Eroberungen zu verzichten, sei blödsinnig. Es wäre eine Verfündigung gegen die Natur, den Sieg nicht nach Möglichkeit auszunützen. Die Auffassung, daß der Friede auch für die Feinde ehrenvoll sein müsse, bezeichnet er als Unsinn. Darum: Aushalten und Durchhalten, bis England am Boden liegt. — Die „Ostdeutsche Rundschau“ verkündete am 3. Mai 1917, daß der Sieg totschicklich ist und daß selbst der Eintritt Amerikas an der Sache nichts mehr ändern kann... Und am 4. Juni 1917 schrieb dieses Blatt: „Belgien bleibt fest in deutscher Hand. Die Erzgruben von Longwy und Briey gehören nun zum Deutschen Reich. An diesen Tatsachen ist nicht mehr zu rütteln. Wir haben diese Gebiete mit dem Schwert erobert und werden sie nie mehr herausgeben...“ Und in einer Versammlung in Tetschen erklärte der deutschradikale Abg. Seiner am 20. Jänner 1917:

„Unser Antwort an die Feinde kann daher nur sein: Kampf bis zum Aushalten und Durchhalten... Wir verwahren uns als treugefinte Staatsbürger gegen das feige Programm, welches keine Sieger und keine Besiegten kennen und alle opferreichen Erfolge dieses Krieges dem unterlegenen Angreifer preisgeben will. Die zielbewußte rücksichtslose Fortführung des Krieges, bis England, der Kriegsdankstifter und Kriegstreiber, in die Knie gezwungen sein wird.“

Zu der Hege der „Ostdeutschen Rundschau“ des R. H. Wolf und zu der blutigen „Rückfichtslosigkeit“ des Galgenbauers hat eine gewisse sich selbstverständlich auch der wüste Schreier Teufel, der im Oktober 1918 veranlaßte,

daß zahlreiche Gemeinden in förmlichen Majestäts-gesuchen den Kaiser um die Fortsetzung des Krieges anflehten.

In dem hurrapatriotischen Nachwerk, das dem Kaiser zugesandt wurde, hieß es unter anderem:

„Jede Schwäche muß von uns weichen, stahlhart müssen unsere Herzen werden, zu einem Gut muß sich die Front und das Hinterland verschmelzen und nur ein Gedanke, ein Wille muß alles befehlen und alles lenken: Durchhalten und siegen! Wer und was sich dem entgegensetzt, muß mit aller Kraft niedergehalten und beseitigt werden!“

Die Deutschgelben suchten dieses Geschrei der Deutschradikalen womöglich noch zu überhören. Noch im Feber 1917 verherrlichte der

Die kleine Lotte. (51)

Von Simone Vobbe.

Uebersetzt von Dr. Anna Rubbaum, Copyright by Intercontinental Verlag „Renascence“, Wien.

Fräulein de Voves grüßt Charlotte mit anmutigem Kopfnicken. Henri öffnet eine Tür, bittet das junge Mädchen einzutreten.

„Sie werden noch dahinkommen, Seraphine, jedermann kommt dahin.“

„Ja? Nein, nein, Lil — nein — zählen Sie nicht darauf, niemals...“ Fräulein de Voves tut als zitterte sie vor Entrüstung. Dann setzt sie sich in einen Lehnstuhl am Fenster vor einen Bildrahmen und ein Körbchen voll bunter Wollknäuel. Sie bemerkt, daß sie ihre Brille, der sie sich nur zur Arbeit bedient, hat fallen lassen. Henri sucht sie auf allen vieren unter dem Tisch.

Charlotte, auf der Schwelle des Studierzimmers allein gelassen, blickt durch den Raum. Er ist groß, von drei Fenstern erhellt. Die Vorhänge sind denen im Speisezimmer ähnlich, Tapete in Altgold. Auf dem Sims des weißen Marmorlamins, in dem auch ein Feuer brennt, eine Marmor-Diana, nackt. Ihr Bild wird von einem saphirfarbenen Spiegel zurückgeworfen. In einer hohen Kristallvase eine vollerbliche Rose. Zwischen Mann und Fenster ein großer Flügel. Auf ihm eine japanische Seidendecke. Zwei große Arbeitstische aus Ebenholz, an der anderen Wand. Zwischen ihnen ein Sofa mit einem Tigerfell bedeckt. An der Mauer, dem Fenster gegenüber, zwischen zwei Glasfenstern voll Büchern, eine Flügelklavier. Der junge Mann schließt sie eben. In der Mitte des Zimmers eine Tafel auf einem Gestell. Hausen von Büchern da und dort, auf der Erde, auf zwei Stühlen, in einem Stuhl. Er macht ihn frei, bietet ihn seiner Schülerin an. Setzt sich ihr gegenüber auf ein Bank-

chen. Eulalie stellt die Platte mit dem Kaffee ihm zur Seite auf einen der Tische.

„Werden Sie uns jetzt in Frieden lassen?“

„Ich werde versuchen. Beginnen Sie damit, Eulalie, und gehen Sie.“ Sie ist schlechter Laune, weil man sie am Ausgehen gehindert, unter dem Vorwand, daß er krank sei. Was ja wirklich lächerlich ist. Charlotte streckt die Hand nach dem Puder aus und aufblühend bemerkt sie ein hübsches Aquarell, das an der Wand über dem Tische hängt. Ein Jung-Mädchenkopf, weiß und rosig, im Heiligenschein blonder, duftiger Haare. Große, lachende Augen, eine schelmische Miene. Er scheint sich einem entgegenzuneigen; der Hals hebt sich weiß aus der hellen, etwas ausgeschnittenen Bluse.

„Meine Schwester Sonia, als sie zwanzig Jahre alt war.“ Henri Leihore, Nils Vater, war ein sehr armer Mensch, Lehrer der Mathematik. Er fristete sein Leben in Paris und ging dann nach Rußland, wo er schon zwei Schwestern hatte, eine in Lodz verheiratet, die andere Erzieherin in Moskau. Diese letztere findet eine Stellung für ihn bei einer jungen Russin, der sie Zeichensunden gibt. Der junge Mensch verliebt sich in seiner Schülerin, Sophie Iwanowna. Sie ist sehr reich, hat nur mehr ihren Vater, der von der Heirat nichts wissen will. Der Lehrer eniführt seine Schülerin.

Die Mischlinge lassen sich in Wien nieder mit Fräulein de Voves, der französischen Erzieherin von Sophie. Sie liebt die junge Frau wie ihr eigenes Kind. So lebten sie schlecht und recht, eher schlecht als recht. Leihore gab Mathematikstunden, Sophie unterrichtete Klavier. Fräulein de Voves beschäftigte sich mit dem Haushalt, betreute das kleine Mädchen, das zur Welt gekommen war, Sonia. Bierzehn Jahre später wurde Lil geboren, kostete seiner Mutter das Leben, der Vater starb sechs Monate später. Seraphine verkaufte alles was sie besaßen, lehrte mit den beiden Waisen nach Rußland zurück und

brachte sie zu Onkel Peter, dem Bruder ihres Großvaters von mütterlicher Seite. Onkel Peter war Witwer, alle seine Kinder waren in janzem Alter gestorben. Er besaß große Güter in der Umgebung von A... War sehr freigebig. Nehm die Erzieherin, das junge Mädchen und den Aeltesten gastlich bei sich auf.

Lil wurde von seiner Schwester erzogen, die mütterlich für ihn sorgte, ihn sehr verwöhnte. Sie lehrte ihn gehen, sprechen, Klavier spielen. Sonia war wie ihre Mutter, musikalisch. Sie wurde die hübsche blonde Fee, die Seraphine gemalt hat; mit zwanzig Jahren Jacques Seradshy anverlobt, dem Sohn eines Reichsanwalts aus Petersburg, der sich vorübergehend in A. aufhielt. Sie hatten einander bei gemeinsamen Freunden kennen gelernt. Jacques malte, er war erst zwanzig Jahre alt und zeigte schon bedeutendes Talent. Der kleine Junge war nicht sehr zufrieden. Wollte nicht teilen. Folgte Sonia überallhin, weinte wenn Seraphine ihn bei sich behalten wollte, stürzte sich auf Jacques, versetzte ihm Faustschläge, gelang es ihm, die jungen Leute zu finden. Jacques war sanft, liebste ihn. Sonia sagte:

„Ziehst du, du schlägst ihn und mir tust du damit weh. Er liebt mich besser. Er weiß, daß ich dich liebe und umarmt dich.“

Jacques nahm sie dann beide in die Arme, versprach, sie immer so beisammenzuhalten. Am Abend spielte der kleine Rile Klavier, Onkel Peter begleitete ihn auf der Geige. damit die Verlobten trauen können. Aber am nächsten Morgen überkam Lil wieder seine Schlechtigkeit, wenn er von Seraphine erfuhr, Jacques habe Sonia schon zu einem Spaziergang geholt.

Armer Jacques! Seither hat Lil es oft bedauert, ihm so sein Glück streitig gemacht zu haben. Glück ist etwas Heiliges, das man immer achten sollte, selbst wenn man's nicht versteht, wie Leben selbst.

Jacques Seradshy war nicht eigentlich reich, aber er zählte unter ihnen viele Freunde. Einem Nachts wurde er gefangenengenommen, ohne daß man je erfahren konnte warum, und nach fünfzehn Monaten Haft in russischen Gefängnissen zur Zwangsarbeit in den Bergwerken verurteilt. Onkel Peter und Sonia hatten vergeblich alles mögliche versucht, um ihn während dieser fünfzehn Monate zu sehen. Sonia wollte ihm durchaus nachreisen und nahm Seraphine mit, die die Tochter ihrer armen Sophie Iwanowna nicht verlassen mochte, auch Lil, der die Aufgabe hatte, die Schwester vor gänzlicher Verzweiflung zu bewahren. Er war damals ein ganz kleiner Junge, sehr traurig, sein Mitterchen weinen zu sehen, sehr stolz, ihm nützlich sein zu können. Er erinnerte sich noch der Büge, die nicht gingen, endlosen Aufenthaltes an Bahnhöfen, wo es unmöglich war, Essen aufzutreiben. Lil war sehr hungrig. Und des Wartens in den Büros, um schließlich zu hören, daß die Gefangenen schon abgereist seien. Er denkt auch noch der letzten Fahrt, wie sie dann ankamen, wie Sonia geschrien hat, als sie erfuhr, daß Jacques, schon krank aus dem Gefängnis entlassen, auf der Reise gestorben sei. Stundenlang war sie wie wahnsinnig. Verzweifelt schreiend klammerte er sich an sie.

Seraphine brachte sie nach A. zurück. Aber Sonia genas nicht von ihrem großen Leid: Jacques war tot, er hatte nach ihr gerufen, sie war nicht gekommen. Alles in Rußland war ihr Grauen geworden, und Onkel Peter schickte sie alle drei nach Frankreich. Er liebte Frankreich. Immer noch war es ihm Vaterland von Voltaire und Fontenelle. — Das war jetzt gerade zehn Jahre her. Sie richteten sich in dieser Wohnung ein. Sonia studierte Medizin. Die ersten Jahre waren sehr hart. Oft ließ sie ihr Buch, warf sich schluchzend aufs Sofa. Dann mußte Lil ans Klavier gehen, ihr wie ehemals Walzer spielen. (Fortsetzung folgt.)

Dr. Alexander Schilling also den Krieg in einem Artikel in der deutschen „Arbeiterpresse“:

„Ist der menschliche Fortschritt nicht gerade angewiesen auf den Krieg?... Soll der Mensch empfänglich bleiben für die Segnungen des Friedens, dann braucht er als Pflichten den Krieg. Der Frieden erschafft... Der Krieg ist mit unserer menschlichen Natur wesentlich verbunden... Wer vom ewigen Frieden träumt, ist ein Narr.“

Konsequenter Weise wurden, die „Narren“, die den Frieden herbeisehnen und den Siegfriedenschwandel der bürgerlichen Parteien auf Schärfste belämpften, nämlich die sozialdemokratischen Arbeiter verböhnt und begehert. Der Landesparteiag der deutschen Arbeiterpartei Böhmens sahte am 25. November 1917 eine Entschlieung, in der es heißt:

„Die heute zahlreich versammelten Vertreter und Vertreterinnen der deutschböhmischn Arbeiter und Arbeiterinnen protestieren entschieden gegen die lediglich verlängergende Friedensschwindel der vereinigten Börsenblätter und der Sozialdemokratie... Ein größeres Deutsches Reich und ein den Balkan und die südöstlichen Staaten wirtschaftlich beherrschendes Oesterreich-Ungarn sind Forderungen, die aus der Kriegslage unserer überlegenen Völkern gerechtfertigt sind.“

Ganz ebenso wurde in den Versammlungen der deutschen Arbeiterpartei, die am 6. und 7. Dezember 1917 in Währ. Ostrau, Witlewitz und Odersfurt abgehalten wurden eine Resolution beschloffen, in der es heißt:

„Wir erheben den schärfsten Widerspruch gegen das unwürdige, lediglich den Krieg verlängergende Geschreibsel eines Verzichtsfriedens seitens der vereinigten Börsenblätter und der Sozialdemokratie, verlangen hingegen die nun viel leichter mögliche Durchsetzung unserer Belange von Südost und Südwest und treues Standhalten an der Seite des Deutschen Reiches... bis zur Durchführung auch seiner berechtigten Forderungen.“

Ist es nicht furchtbar, daß dieselben, die sich also mitschuldig nicht nur an der Entfesselung, sondern auch an der Verlängerung des Nordens gemacht haben, die zu einer Zeit, da schon zwei Millionen Soldaten Oesterreichs und Deutschlands gefallen waren, die Massenmenschen-schlechterei weiter gutheißen, zu Eroberungen anspornten und uns, die „Friedenswünscher“ verpötelten und beschimpften — ist es nicht furchtbar, daß diese selben Kriegsheber und Kriegsverlängerer weiter im Stande sind, das Volk zu betören und zu „führen“? Wie grausam unwissend und wie unheimlich vergeßlich sind doch die Menschen, die sich zu Krüppeln zusammenschließen ließen, um dann den Schuldigen, den Mordbereitern, wiederum Gefolgschaft zu leisten!

Kriegsteilnehmer! Invalide! Genossen!

Ruft Eure Freunde und Kameraden zusammen, belebet ihr Gedächtnis, damit sie sich all' des Schaudervollen wieder erinnern! Reißt ihnen die Augen auf, damit sie den Pranger sehen und jene, die an ihm stehen. Führt sie mit Euch zu den Demonstrationen gegen Krieg und Militarismus, gegen die gefassten und ungsfassten Mordheher. In Massen manifestiert euren Willen, den Volksbetrügnern keine zweites Mal mehr Gehör zu schenken.

Krieg dem Kriege und den Kriegshebern!

Wie es gemacht wurde!

Die Nadelöhrer sind behufs Einrückung zu den zuständigen Truppenkörpern zu übergeben...

Das Militärkommando Leitmeritz erließ unter Nr. 26.471 und der Bezeichnung „Strafverschärfungen gegen Arbeiter“ am 18. Juni 1915 folgende Kundmachung:

Dem Kriegministerium wurde zur Kenntnis gebracht, daß das Verhalten der Arbeiter bei zahlreichen industriellen Betrieben, welche auf Grund des Kriegsdienstleistungsgesetzes in Anspruch genommen sind, in disziplinärer und moralischer Beziehung ungünstig ist.

Unbotmäßigkeiten, Frechheiten, Auflehnung gegen die Betriebsleiter und Meister, passive Resistenz, mutwillige Beschädigung von Arbeitsmaschinen, eigenmächtiges Verlassen der Arbeitsstätten usw. sind Delikte, gegen welche sich auch die Anwendung des Disziplinarstrafverfahrens in vielen Fällen als wirkungslos erweist.

Das Kriegministerium sieht sich daher zu der Verfügung veranlaßt, daß in solchen Fällen unbedingt die gerichtliche Ahndung in Anwendung zu bringen ist. Die diesfalls vorgesehenen Strafen sind empfindlich und können durch entsprechende Verschärfung noch empfindlicher gestaltet werden, auch bezüglich der Verurteilung während der Haft keinen Lohn, so daß die gerichtliche Verurteilung gerade in solchen Fällen ein höchst wirksames Abschreckungs- und Verbesserungsmittel sein dürfte.

Jene Kriegsdienstpflichtigen Arbeiter, welche bei gerichtlicher zu ahnenden Ausschreitungen als Nadelöhrer ausgemerzt werden, sind nach der gerichtlichen Ausrichtung der Angelegenheit und nach erfolgter Abbüßung der Strafe nicht mehr in den Betrieb einzustellen, sondern seitens der militärischen Leiter der betreffenden Unternehmung dem nächsten Erg. Bez. Bez. behufs Einrückung zu

den zuständigen Truppenkörpern zu übergeben, dort sind diese Leute sofort der Ausbildung zu unterziehen und beim nächsten Marschbatalion einzuteilen. Ist der betreffende einrückend gemachte Arbeiter nur zum Beobachtungsdienste geeignet klassifiziert, so ist Vorsorge zu treffen, daß derselbe nach erfolgter Ausbildung zu einem Wachtkörper eingeteilt wird, der in Armeebereiche oder nahe demselben gelegen ist.

Von diesen Verfügungen werden alle in Betracht kommenden unterstehenden Dienststellen, dann die militä. Leiter der in militä. Kommandobereiche befindlichen industriellen Etablissements in Kenntnis gesetzt und legt das R. M. Wert darauf, daß diese Maßnahmen durch entsprechende Publikation auch in der Öffentlichkeit bekannt werden.

Bez. Schener, R. M. L.

Leitmeritz, am 18. Juni 1915.

Man betrachte das Raffinement, mit dem diese ganze Kundmachung abgefaßt ist! Als besonders strafverschärfend wird mitgeteilt, daß der verurteilte „Nadelöhrer“ oder auch der Arbeiter, der gegen den Betriebsleiter oder den Meister „unbotmäßig“ oder „froh“ war, während der Haft keinen Lohn bezieht, daß somit seine Familie dem Hunger überliefert ist. Doch nicht einmal daran hatte die Kriegsbesette und der Kapitalismus genug, die „Nadelöhrer“, das heißt die aufrechten Arbeiter, die sich bemühten, ihre Kollegen zusammenzunehmen, um gemeinsam eine Besserung ihrer Lage zu erzielen, sie wurden eingesperrt und dann an die Front geschickt. Da aber vielleicht Einzelne dabei waren, die sogar bei der Kriegsmusterung nur zum Wachtdienste tauglich klassifiziert waren, mußte Vorsorge getroffen werden, daß das indirekte Todesurteil doch zum Vollzug kam und es war angeordnet, daß sie unmittelbar zu Wachtdiensten im Armeebereiche kommandiert wurden. Schöne Zeiten waren das, wirklich, aber leider nicht für die Arbeiter, sondern für die, die oben saßen und mit den Arbeitern wie mit Hunden umgehen konnten.

Der Krieg war schon Anfang Oktober 1914 verloren...!

Ein Beitrag zur Dolchstoßfrage. — Was der ehemalige deutsche Kronprinz jagt.

Trotz aller Memoiren der ehemaligen Stützen des wilhelminischen Deutschlands und trotz der Veröffentlichung der wichtigsten Dokumente durch die deutschen Regierunqsstellen will das Geschrei vom „Dolchstoß“ nicht verstummen. Zwar glauben wieder die Münchner Bräuhäuserrevolutionäre, samt ihren Tager Anhängeln, noch die Deutschnationalen bei uns und im Reich an die von ihnen ausgestreute Mär, nichtsdestoweniger aber sprechen sie ständig vom „Dolchstoß“ und erst in der Nummer vom Mittwoch, den 23. Juli, verurteilt die „Süddeutsche Tageszeitung“ in zentimetergroßen Lettern „Das Einverständnis des Dolchstoßes. Den Beweis für den „Dolchstoß“ sind die Herrschaften aber beharrlich schuldig geblieben. Sie handeln eben nach dem Grundsatz: Nur immer fleißig gelogen, etwas bleibt schon hängen.“

Der Antikriegslog, der am 27. d. M. stattfindet und von dem sie fürchten, daß an ihm ihre Verbrechen rückhaltlos dem Volk in Erinnerung gebracht werden, hat es ihnen vollends angetan und deshalb das vermehrte Geschrei vom „Dolchstoß“, ohne welchen der Sieg unbedingt sicher gewesen wäre.“

Wie es um den „Sieg“ bestellt war, darüber lassen wir einen Reugen sprechen, der über jeden Verdacht, jüdisch oder „marxistisch“ versucht zu sein, erhaben ist.

Das Abendblatt des „Berliner Tageblatt“ vom 5. Dezember 1918 brachte folgendes Telegramm:

Unterredung mit dem ehemaligen deutschen Kronprinzen.

Deutschlands Lage schon nach der Marne-schlacht hoffnungslos. — „Ich habe nie den Krieg gewünscht.“

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rotterdam, 5. Dezember.

Der hiesige Korrespondent der „Associated Press“ hatte eine Unterredung mit dem ehemaligen deutschen Kronprinzen aus der Insel Wieringen. Er gab dem Journalisten die Erklärung: „Ich habe von keinem Posten abgedankt, und kein einziges Dokument unterzeichnet. Sollte aber die deutsche Regierung den Beschluß fassen, eine Republik zu bilden ähnlich der amerikanischen oder französischen, so werde ich damit zufrieden sein, als einfacher Bürger nach Deutschland zurückzukehren zu können und bereit sein, alles zu tun, um meinem Lande zu helfen.“ Der ehemalige Kronprinz erklärte ferner: „Ich bin der entschiedensten Meinung, daß wir schon Anfang Oktober 1914 den Krieg verloren hatten. Nach der Marne-schlacht hielt ich unsere Lage für hoffnungslos. Ich versuchte den deutschen Generalstab zu bewegen, schon damals Frieden zu schließen, sogar einen Frieden mit großen Opfern, bei dem auch Elsaß-Lothringen preisgegeben werden sollte, aber man sagte mir, ich solle mich um meine eigenen Angelegenheiten kümmern und mich mit der Führung meiner Armee befassen. Trotz allen gegenteiligen Berichten habe ich nie den Krieg gewünscht und diese in

Augenblick für sehr ungünstig gehalten, um den Krieg zu beginnen. Ich befürchtete Englands Intervention, aber Prinz Heinrich und andere Mitglieder meiner Familie waren anderer Meinung.“ Der Kronprinz sprach sich bitter über die Tüftelerei des großen Generalstabses, der die Ursache vieler Fehlschläge, so zum Beispiel der großen diesjährigen Märzoffensive gewesen sei. „Ludendorff“, sagte der Kronprinz, „war die große treibende Kraft für Deutschland im Kriege. Hindenburg war nur dem Namen nach Führer. Ludendorff und sein Stab unterschätzten fortwährend die feindlichen Streitkräfte, auch die der Amerikaner.“ Der Kronprinz nannte sich einen Bewunderer Wilsons, der so, wie er stets erwartet habe, einen gerechten Frieden für Deutschland zustande bringen werde.

Aus diesen Äußerungen des gewesenen deutschen Kronprinzen geht klipp und klar hervor, was auch wir immer behauptet haben, daß das Schicksal Deutschlands schon 1914 besiegelt war und daß es eines Dolchstoßes gar nicht bedurfte. Weiters aber auch die grenzenlose verbrecherische Leichtfertigkeit, mit der Münchner Brüderbräuer-Revolutionäre Ludendorff den Krieg verlor, immer wieder neue Armeen zur Schmelzbank trieb und so im wahren Sinne des Wortes zum Totengräber Deutschlands wurde.

Telegramme.

Verchiebung der außenpolitischen Debatte.

Marx und Stresemann auf der Londoner Konferenz.

Berlin, 24. Juli. (Eigenbericht.) Im Gegensatz zu den bisherigen Absichten am Freitag eine politische Debatte mit einer Aussprache über die Verhandlungen in London stattfinden zu lassen, worauf besonders die Deutschnationalen wenigstens zum Schein gedrängt haben, wird der Reichstag morgen die Beratung der sozialpolitischen Anträge fortsetzen, die vielleicht bis Samstag währen wird, so daß möglicher Weise eine politische Aussprache im deutschen Reichstag in dieser Woche überhaupt nicht stattfinden würde. Der Hauptgrund für diese Veränderung der Dispositionen des Reichstages ist der Druck der Regierung und der Regierungsparteien, die unter allen Umständen eine außenpolitische Auseinandersetzung während der Londoner Verhandlungen verhindern wollen.

Als Delegierte der deutschen Regierung zur Londoner Konferenz werden in Regierungskreisen der Reichskanzler Dr. Marx und der Reichsaußenminister Dr. Stresemann genannt.

Die Verschärfung der Reichsbahnen.

Berlin, 24. Juli. Die „Rote Fahne“ hatte das Statut für die geplante Reichsbahnaktiengesellschaft veröffentlicht, woraufhin vom Oberreichsanwalt gegen die für die Veröffentlichung verantwortlichen Personen ein Verfahren eingeleitet wurde. Die „Rote Fahne“ wendet sich gegen die Einschränkung der Pressefreiheit. Die „Rote Fahne“ erklärt, sie habe das Statut veröffentlicht im Interesse der auf den Reichsbahnen beschäftigten Beamten und Arbeiter und im Interesse des gesamten deutschen Volkes. Das Statut der Reichsbahnaktiengesellschaft ist aus den Verhandlungen in Paris und London hervorgegangen. Die Bankiere, Generale und Regierungsvertreter der Entente kennen das Statut. Der Reichstag solle hastig das Machwerk genehmigen. Die Volksvertreter, vor allem die Deutschnationalen, wollen nicht, daß bei den Beamten bekannt wird, was sie für das Geschick der Brotzölle unterschreiben.

Die Verhandlung des Zolltarifs in Oesterreich.

Wien, 24. Juli. (Eigenbericht.) Heute nachmittag hat eine Besprechung der Parteien mit der Regierung über die Erledigung des Zolltarifs stattgefunden. Der Vizekanzler Frank richtete an die Parteien einen Appell, eine rasche Erledigung des Zolltarifs zu ermöglichen. In Namen der Sozialdemokraten gab Genosse Ederich die Erklärung ab, daß die Sozialdemokraten mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Bedürfnisse grundsätzlich bereit seien, an einer schnellen Verabschiedung des Zolltarifs mitzuwirken, dazu jedoch nur dann in der Lage wären, wenn insbesondere über die Lebensmittelzölle, eine Verständigung erzielt würde. Es ist auf Grund der sozialdemokratischen Erklärung und namentlich mit Rücksicht darauf, daß in diesen Tagen die Brotpreise erhöht wurden, schon so ziemlich sicher, daß die Regierung auf eine Herabsetzung der Lebensmittelzölle eingehen wird.

Änderung der japanischen Rußland-Politik.

Tokio, 24. Juli. (Reuter.) Das japanische Kabinett hat in einer außerordentlichen Sitzung beschlossen, Rußland gegenüber eine neue Politik zu verfolgen. Die Regierung sei bereit, die Sowjetregierung anzuerkennen.



Ernst Toller,

der vor einigen Tagen aus der Festungshaft in Niederschönenfeld entlassene Dichter und Revolutionär.

Eine Abrüstungskonferenz 1925?

London, 24. Juli. (Eigenbericht.) Der amerikanische Staatssekretär Hughes hat mit MacDonald einen Gedankenaustausch über die Einberufung einer Abrüstungskonferenz. Ueber die Notwendigkeit einer derartigen Konferenz sind beide einer Meinung. Hughes soll nach seiner Rückkehr mit Coolidge mehrere Vereinbarungen über diese Fragen treffen. Der grundsätzlich mit Coolidge bereits einer Meinung ist, wird erwartet, daß die praktischen Vorbereitungen zu einer Abrüstungskonferenz bald beginnen, so daß ihr Aufammentritt spätestens zu Beginn des neuen Jahres erfolgen kann.

Devisenkurse.

Prager Kurse am 24. Juli.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden . . .	13.400	13.100,00
1 Billon Mark . . .	8.0400	8.2400 00
100 belg. Franks . . .	155.0250	157.1250 00
100 schwed. Frank . . .	610.5000	622.5000 00
1 Pfund Sterling . . .	140.3000	150.7000 00
100 Lire . . .	148.8750	148.1750 00
1 Dollar . . .	33.9500	34.2500 00
100 franz. Franks . . .	174.5000	176.0000 00
100 Dinar . . .	40.0700	40.5500 00
10.000 ungar. Kronen . . .	4.0100	4.5100 00
100 poln. Zloty . . .	6.4950	6.5550 00
10.000 österr. Kronen . . .	4.7150	4.9150 00

Tages-Neuigkeiten.

Vor zehn Jahren.

Der „Stoek“ entnehmen wir die folgenden Notizen, die beweisen, wie die Bevölkerung vom Kriegsranch erfaßt war. Heute erscheint es fast undenkbar und doch war es so!

Töchterlein „Mobile“.

Seldburg. Das am ersten Mobilmachungstag geborene Töchterchen des ins Feld gezogenen Reserve-Unteroffiziers Kreisstrafenwärters Appis im benachbarten Lindenan hat auf dessen Wunsch und mit Genehmigung der Behörde den Namen „Mobile“ erhalten. „Schweizerischer Tagblatt“, 22. August.

Falsche Briefkastenpropheten.

Frau W. in R. Frage: Jeder ist jetzt Krieger. Mein Mann ist 35 Jahre, ist selbst unfähig, weil er Krampfadern hat. Habe ich Hoffnung, daß er noch eingesetzt wird? — Antwort: Wir können zwar der Militärbehörde nicht vorgreifen, glauben aber kaum, daß Sie hoffen dürfen, Ihren Mann eingesetzt zu sehen. „Erbinger Zeitung“, 27. September 1914.

Der staatsfeindliche Schnurrbart.

In letzter Zeit wird so sehr viel über französische Mode in Damenbekleidung geschimpft — und mit Recht —, aber da möchte ich bemerken, daß auch die Herren eine Mode fallen lassen dürfen, und zwar den gestubten „englischen“ Schnurrbart. Ich bin der Ansicht, daß der Schnurrbart als Zierde des Mannes wachsen darf, ohne daß er bis auf drei Härchen unter den Nasenlöchern entfernt wird. „Westfälisches Volksblatt“ (Paderborn), 14. September 1914.

Der staatsfeindliche Schnurrbart Nr. 2.

Odessja, 13. September. Auf dem Boulevard zwang das Publikum einen Herrn, der einen Schnurrbart a la Kaiser Wilhelm trug, die Schnurrbartspitzen herabzulassen. „Weiser Zeitung“, 23. September 1914.

Deutscher Gummischlauch.

Rosenheim, 11. September. Ein Schneidermeister erläßt folgende Erklärung: „Tuchreisenden, die es wagen, mir englische Waren anzubieten, ist der Zutritt in mein Geschäftstotal unterlagt. Bei Zuwiderhandlung tritt ein kräftiger deutscher Gummischlauch in Kraft.“ „Hofer Anzeiger“, 16. September 1914.

„Das walt' Gott und lall' Eisen“.

Vor kurzer Zeit brachten Berliner Blätter die Meldung, daß in der Hochmeisterkirche in Wilmersdorf der Pfarrer Schettler am 29. Juni in einer Predigt gesagt habe: „Am 28. Juni waren es fünf Jahre, daß deutsche Männer ebr- und pflichtvergessen den Schandertrag von Versailles unterzeichnet haben.“

„Es wird die Leser interessieren, daß der Herr Pfarrer Dr. Schettler, Divisionspfarrer a. D., ein alter Bekannter aus der wüstesten Kriegszeit ist. In der königlich sächsischen Hofschreiberei Berlin, erschien 1915 von ihm eine kleine Schrift (48 Seiten) unter dem Titel: „In Gottes Namen durch! Für die deutschen Streiter in Beer und Horte.“

„Gott und lall' Eisen“, so hat unser Kaiser einmal zu den Vorbringern gesprochen. Dem Soldaten ist das tolle Eisen in die Faust gegeben und er soll es führen ohne Schwächlichkeit und Weichlichkeit. Der Soldat soll todschlagen, soll dem Feind das Bajonett in die Rippen bohren, soll die saunende Klinge auf den Gegner schmettern, das ist seine heilige Pflicht, ja, das ist sein Gottesdienst. Denn der ihn auf seiner Flucht gestellt hat, daß er dem Guten und dem Rechte zum Siege verheißt, das ist Gott. Wer nicht schießt, wenn er schießen sollte, handelt als ein Schurke.“

Das Kapitel schließt auf Seite 20, 21 mit den Worten:

„Furcht und Schrecken muß vor euch hergehen. Was uns an Zahl fehlt spendet der Übermacht unserer Feinde, das müssen wir wettmachen durch rücksichtslose Schmeid. Es ist gewiß furchtbar, daß Menschen, die sich persönlich nicht kennen und sich nicht zu Leibe gehen haben, einander das Leben nehmen. Das ist der Krieg. Gott hat es zugelassen, daß diese Prüfung die Menschheit trifft. Ihr habt sie nicht zu verantworten. Ihr habt nur, ein jeder an seine Stelle, eure Waffen mit allem Nachdruck zu gebrauchen. Ihr Russen, ihr Franzosen, ihr Belgier und vor allem ihr englischen Kanakillen, da habt ihr, was euch zukommt: Kalt' Eisen.“

Und nun vergleiche man mit diesem „Ged“ das Bestimmler der Warnsdorfer „Vollzeitung“ in der Donnerstagsnummer:

Die Christlichsozialen Siegfrieder, Kriegsverlängerer! Die christlichsoziale Partei ist in ihrer großen Friedensumgebung am 7. Oktober 1917 im Festsaal des Rathauses, in der Abg. Leopold Aunshof sprach, für den Verständigungsfrieden, für den Frieden ohne Eroberungen eingetreten.

Aber bis zum Ende der „Prüfung der Menschheit, die Gott zugelassen hat“, haben die Pfaffen geglaubt, damit „Furcht und Schrecken einzuheben“ vor denen, die man auf die Schlachtfelder und in den Tod getrieben!

Der drohende Hunger in Rußland.

Von einem Kenner der russischen Verhältnisse wird dem „Sozialdemokratischen Parlamentsdienst“ geschrieben:

In Rußland steht die Ernte vor der Tür. Nach wie vor herrscht eine fengende Glut, wie sie Rußland seit 35 Jahren nicht gekannt hat.

Sie erreicht mitunter 60 Grad Celsius. Am schlimmsten ist das von Deutschen stark besiedelte Wolgogradgebiet betroffen. Die Roggenbaufläche ist dort zu 75 Prozent verfeuert, das vierte Hungersjahr kündigt sich an.

Obwohl auf Anordnung der zentralen statistischen Verwaltung die Lokalbehörden aller zehn Tage Berichte über den Saatensand einzuliefern haben, ist plötzlich nach den ersten Marmberichten in der Sowjetpresse eine starke Zurückhaltung in dieser Frage zu beobachten. Es wird sogar versucht, die öffentliche Meinung in trügerischen Hoffnungen einzulullen. Der Presse ist verboten worden, in Zukunft andere als die von der zentralen statistischen Verwaltung ausgehenden offiziellen Berichte zu bringen.

Zu gleicher Zeit verbreitet die russische Telegraphen-Agentur eine offiziöse Meldung, die 200 Millionen Rubel Getreide für die Ausfuhr würden unter allen Umständen bereitgestellt werden, da im Lande genug Vorräte aufgespeichert seien, um dem Hunger entgegenzutreten. Zur schleunigen Verteilung dieser Vorräte soll eine Regierungskommission unter dem Vorsitz von Rykow und unter Teilnahme von Krassin und anderen führenden Sowjetleuten ernannt worden sein.

Ihr Inhalt trifft indessen nicht zu. Die Getreidevorräte sind nach den Hungersjahren 1921, 22 und 23 ganz besonders erschöpft, das Wirtschaftsleben stößt mehr denn je Fabriken werden geschlossen, der Absatz verringert sich zusehends, die Arbeitslosigkeit wächst. Andererseits mehren sich von Tag zu Tag die finanziellen Schwierigkeiten und die Verkehrsmittel liegen noch sehr darnieder.

Die Sowjetregierung, die durch ihre Schönschreiber die Panikstimmung der Bevölkerung vorzubringen sucht, gibt sich selbst nur zu gut Rechenschaft über die wirkliche Ausdehnung der Hungersgefahr. In vielen der von der Mitternacht betroffenen Gebieten hat sie die Ausfuhr des Getreides bereits verboten, und die „Pravda“ wird von Anfragen bestimmt, ob es nicht richtiger sei, die Ausfuhr russischen Getreides vollständig zu sperren. Die Sowjetregierung trifft auch schon Maßnahmen, um den sich ankündigenden Unruhen unter den Bauern vorzubeugen und der kopflosen Flucht aus den Hungergebieten entgegenzutreten. Kommunistiche Agitatoren, die mit den Verhältnissen einigermaßen vertraut sind, wurden bereits in die Hungergebiete abgefannt, um den Verfall der kommunistischen Parteiorganisation zu verhüten und den drohenden Unruhen entgegenzuwirken.

unruhen ausgebrochen, die zu Massenverhaftungen geführt haben. Die Zentralregierung hat dieser Gefahr gegenüber den Befehl erteilt, die Flucht der Bauern aus ihren Dörfern mit militärischen Nachmitteln zu verhindern.

Aus Batu tsaf in Moskau die Meldung ein, daß in der Mugan-Steppe am Kaspischen Meer ungeheure Schwärme von Heuschrecken aufgetreten sind. Einwohner sind die Baumwoll-Plantagen dieser Gegend noch nicht überfallen worden, doch herrscht große Besorgnis. Die Heuschrecken liegen in dichten Wolken, die eine Länge von mehreren Kilometern haben.

Zur Siedlerbewegung. Die Frage der Schaffung einer sich auf das ganze Land erstreckenden Siedlerorganisation, deren Träger sämtliche Zweige der Arbeiterbewegung und deren juristische Repräsentanz; nach dem Vorschlag des Genossen Karou die Genossenschaft für Volksbauten und Werkkultur „Grundstein“ bilden, befinden sich derzeit noch immer im Stadium der Vorberatung. Gegenwärtig besaßen sich alle an der Organisation der Siedlerbewegung interessierten Körperschaften mit diesem Gegenstand, worauf dann in gemeinsamer Beratung aller in Betracht kommenden Stellen die Entscheidung gefällt werden wird. Die Genossenschaft „Grundstein“ besteht heute noch nicht. Etwasige Anfragen zu diesem Gegenstand können an die Zentralstelle für das Bildungswesen gerichtet werden. Diese Mitteilungen bilden eine Ergänzung und Aufklärung zu dem in unserem Blatt vom 23. Juli erschienenen Artikel „Bürgerliche oder proletarische Siedlung“.

Einziehung der Ein- und Zwei-Felder-Stücke. Die Postämter sowie auch andere Staats- und öffentliche Klaffen haben mit der Einziehung dieser Münzen begonnen. Sie nehmen sie an Zahlungsstatt an oder tauschen sie gegen Münzen höhererwertiger Währung um, geben sie aber nicht mehr aus, sondern senden sie dem Bankamt ein. Der Termin, an dem sie ihre Gültigkeit verlieren, wird später festgesetzt werden.

Der Mörder des Stadtarztes von Lürmig für irrsinnig erklärt. Wie noch erinnert sein wird, wurde am 11. März d. J. in seinem Ordinationszimmer in Lürmig der Stadt- und Kreisarzt Dr. Anton Duolik, ein geborener Leinwitzer, ermordet aufgefunden. Als Täter wurde der Bergmann Josef Krüger festgesetzt, verhaftet und dem Leinwitzer Kreisgerichte eingeliefert. Da sich an seiner geistigen Zustandsfähigkeit Zweifel geltend machten, wurde er zur Untersuchung des Geisteszustandes einer Irrenanstalt überliefert. Dort wurde nun festgestellt, daß Krüger geistig unzurechnungsfähig ist, weshalb die Untersuchung gegen ihn eingestellt wurde. Krüger wurde in einer Irrenanstalt interniert.

Bereitschaft. Wie verlautet, feiert die Brünner Garnison anlässlich der Antikriegsdemonstration auf ganz eigenartige Weise. Sie hält nämlich Bereitschaft. — Kommentar überflüssig.

Ämtliche Schätzung der inländischen Getreidevorräte. Ämtlich wurde, wie das offiziöse „Prager Abendblatt“ meldet, festgestellt, daß sich auf dem Gebiete der Republik in Mähren und auf Lastschiffen im ganzen 5100 Waggons fremdes Mehl und Getreide und nicht, wie behauptet wurde, 50.000 Waggons befinden. Dazu müßten Vorräte in etwa doppelter Höhe gerechnet werden, die sich in kleineren Magazinen und Mühlen befinden, so daß der Gesamtvor-

rat an Auslandsmehl und Getreide in der Republik mit 15.000 bis 16.000 Waggons berechnet werden kann, was für die Ernährung der Gesamtbevölkerung in einer Zeit von vier bis sechs Wochen hinreichen würde.

Die Tätigkeit des Obersten Gerichtes in Brünn. Im Jahre 1923 wurden beim Obersten Gerichtshof in Brünn 4589 Revisionen und Rekurse eingereicht und durchgeführt. Davon waren 1332 slowakische Fälle. Im ersten Halbjahr 1924 hat die Zahl der eingebrachten Revisionen und Rekurse bereits die stattliche Höhe von 3176 (933 aus der Slowakei) erreicht. In Straffällen wurden 1923 2378 Verhandlungen durchgeführt, hievon 906 aus der Slowakei. Im heurigen ersten Halbjahre betrug die Zahl der Straffälle schon 1399 (hievon 577 aus der Slowakei). An Todesurteilen wurden im vorangegangenen Jahre „nur“ 35 bestätigt, der Präsident der Republik hat in 33 Fällen Gnade wahlen lassen, „nur“ zwei Mörder wurden hingerichtet: Koval in Labor und der eine Kolinich in Prag. Die kürzeste Verhandlung beim Obersten Gericht war im vorjährigen Herbst — kaum zehn Minuten, die längste (im Juli 1924) dauerte zweieinhalb Tage. Das Aktenstück wog 120 Kilogramm. Erster Präsident des Obersten Gerichtshofes ist bekanntlich der gewesene Justizminister Dr. August Popelka. Zweiter Präsident ist Dr. Josef Prauzka. Als Senatspräsidenten fungieren: Sablik, Bilh, Dr. J. Bazuh, J. Schüßmeister, Dr. J. Ruzitscha und Bukatschek. Zum Obersten Gericht gehören noch 22 Räte und sechs Tabularrichter. Als Generalprokurator fungiert gegenwärtig Dr. Gustav Hubatschek, dem sechs Generaladvokaten zur Seite stehen. Als Staatsanwalt fungiert Leo Grund.

Verhaftung Homosexueller in Jägerndorf. Es wird uns gemeldet: Dieser Tage wurden in Jägerndorf zwei Männer verhaftet, die zu jungen Burfchen Beziehungen pflegten und sich an diesen vergangen haben. Es sind dies der 30jährige Kaufmann Oskar Herpel und Erich Spitzer, die schon seit langem ihr Unwesen trieben. Die beiden lodten 14 bis 16jährige Burfchen in ihre Wohnungen, traktierten sie mit Schnaps und anderen Getränken. Herpel und Spitzer wurden verhaftet und dem Gericht eingeliefert. Schäter wurde festgestellt, daß der Urheber dieser Orgien Herpel ist, welcher junge Burfchen, welche bei ihm Stampfgliedern bestellten, in seine Wohnung lodte und sich dort an ihnen in der schändlichsten Weise verging. Bei den Verhaftungen wurden Exemplare der Zeitschrift „Der Hellschote“, deren Zweck angeblich die Förderung anormaler Triebe ist, beschlagnahmt. Unter diesen Exemplaren befindet sich eines, in welchem sich ein Antrag an den deutschen Reichstag zwecks Aufhebung des § 175 befindet. Die Wohnung des Herpel soll ein wahres Männerbordell gewesen sein. Die Orgien wurden in Jägerndorf, Trombau, Freudenthal und Pleischwitz abgehalten. Eine Reihe von Verhaftungen stehen noch bevor. Das christlichsoziale Organ „das Volk“ schiebt die Schuld an diesen perwersen Vorkommnissen den Vorträgen der freimüthigen Gelehrten Reichenstein und Stadthagen (Dresden) zu. Das Blättchen läte besser daran, die genannten Wissenschaftler nicht mit diesen traurigen Vorkommnissen in Verbindung zu bringen.

Eine peinliche Statistik. Eine soeben erschienene Statistik der Kriminalität in Deutschland weist nach, daß strafrechtliche Vergehen und Verbrechen in der „Erduungsgelle Bayern“ — trotz Hüter, trotz Rahr und der „edlen tiefen Frömmigkeit des bayerischen Volkes“ — um 64 Prozent mehr vorgekommen sind als im „Analkrotten Sowjetsachse!“.

Streikzüge durch das „Haus der Arbeit“.

V. Die Entwicklungsgeschichte eines Arbeiters.

Wer die Abteilung der Kulturorganisationen durchschreitet, wird ein unansehnliches Buch an der Wand aufgestellt finden. Es trägt den Titel „Wirtschaftsbuch eines Arbeiters“ und enthält in schlichter, anspruchsloser Weise nichts anderes als die monatlichen Einnahmen und Ausgaben eines Eisenbahners, des heutigen Redakteurs des „Eisenbahner“, Genossen Paul. Seit dem Jahre 1899 führte Genosse Paul dieses Wirtschaftsbuch und es sagt dem aufmerksamen Beschauer mehr als manche dialektische Biographie. Denn es erzählt einfach, ohne Beschönigung, ohne Phantastie die geistige Entwicklung eines Arbeiters. Die ganze Familiengeschichte läßt sich daraus verfolgen, wie die Kinder auf die Welt kommen, das sorgfältig auf den einzelnen Kreuzer balancierte Budget umwerfen, zu Darlehen zwingen, die dann päntlich wieder zurückgezahlt werden. (Hoffentlich ist Genosse Paul nicht so veranlagt wie der Herr Edelt vom „Auffiger Tagblatt“ und liegt uns nicht auf Ehrenbeleidigung, weil wir hier aus seiner Vergangenheit so schauderöse Sachen erzählen! D. Verf.)

Dann geht die Kulturarbeit ein. Paul organisiert sich, beginnt Bücher zu kaufen. Monatlich fnden wir genau die Organisationsbeiträge, das Geld für die Zeitung verrechnet. Zunächst nur in der gewerkschaftlichen Organisation, tritt er auch der politischen bei, organisiert seine Frau, wird Genossenschaftler. In Katenzahlungen kauft er sich Bücher, allmonatlich finden wir den Betrag von 2.88 Kronen, als Teilzahlung für das große Werk „Weltall und Menschheit“ verrechnet. Raum ist das bezahlt, wird ein neues großes

Werk angekauft, dazwischen andere Bücher kleineren Umfangs. Als Genossenschaftler zahlt er monatlich seinen Anteil in der Höhe von 5 Kronen, wird Anteilhaber des „Flugrad“ und zahlt auch da monatlich 5 Kronen ein. Besuch einen Hochschulkurs, bildet sich in der Rechtschreibung aus, arbeitet unentwegt, rastlos an seiner Weiterbildung. Einige Beispiele mögen sich die bürgerlichen Progen unter die Nase halten, besonders jener Fabrikant aus der „Gräf. Czerninischen Porzellanfabrik Giechbübel“, der im Jahre 1909 eine Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit mit der klassischen Begründung ablehnte:

„Den Ratschlag, verkürzte Arbeitszeit in meiner Fabrik einzuführen, muß ich prinzipiell mit der Begründung ablehnen, daß der dann resultierende geringere Verdienst möglicherweise zu agitatorischen Zwecken benützt werde.“

Die Agitation unter den Arbeitern haben die schlechten Verhältnisse ohnehin bewirkt, die Verkürzung der Arbeitszeit konnte aber eine ungeheure geistige Bereicherung der ganzen Nation, des ganzen Staates werden. Im März 1903 hatte Paul Ausgaben in der Höhe von 91.55 Kronen, darunter finden wir 7.50 Kronen Pensionsbeitrag, 1.20 K Krankenkassa, 2.93 K Flugrad, 2.60 K Kondukteurverein, 3.50 K Organisationslegitimation für die Frau, 2.80 K Bezug „Weltall und Menschheit“, 90 h Zeitung, Tagshengel 1.78 K. Im August 1903 lauft er ein Deutschböhmisches Wörterbuch, im September ein solches über Rechtschreibung. Im März 1904 gibt er 103.15 K aus, darunter 7.40 K Pensionsfond, 1.20 K Krankenkassa, 2.93 K Flugrad, 60 h Hochschulkurs, 1.10 K Mappe, 90 h Zeitung, 2.40 K Marx, Dekonomische Lehren, 90 h Parlamentarismus, 2.88 Bezug „Weltall und Menschheit“, im September 1904: Pensionsfond 2.40 K, Krankenkassa 1.20 K, Flugrad 2.93 K, Zeitung 90 h, Anteil Flugrad 5.— K, Konsum 5.— K, „Weltall und Menschheit“ 1.44 K, Tolstoj, Aufer-

stehung 1.20 K, Tolstoj, Arbeitendes Volk, 60 h (Gesamtausgaben 128.90 K.)

Das sind willkürlich herausgegriffene Beispiele, die sich beliebig vermehren ließen. Dieser Arbeiter hat seine Zeit genüßt, seinen geistigen Aufstieg erkämpft. Was sind gegen solche Heiden des Alltags jene kapitalistischen Unken, die im Arbeiter den Paria, den Verachtenswerten sehen! Er ist ein Symbol, dieser Eisenbahner Paul, das Symbol der geistig aufsteigenden Klasse des Proletariats!

Von der Zukunft der Gewerkschaft.

VI. Unter den vom Bauarbeiterverband ausgestellten Dokumenten findet sich auch eines, das ob seiner Originalität ganz besondere Beachtung verdient. Es ist eine „Urkunde“ aus dem Jahre 1842, in der die Maurergunst des Teplitzer Gebietes die feierliche Einweihung ihrer Fahne beschleunigt. Das Dokument hat folgenden Wortlaut: „Die neue Fahne der Maurergunst wurde im Jahre 1842 am 20. Mai zum Fronleichnamsfeste eingeweiht und beim feierlichen Umzuge das erste mal getragen. Auf Veranstaltung des Justizspektors Franz Karl Laube sowie der Bormeister Franz Wenzel Wertig, Andreas Wertig und der übrigen Mitmeister... wurde dieselbe angeschafft zur Verherrlichung Gottes, damit man selbe bei allen großen Feiertlichkeiten tragen und in unserer Deamaltirke aufbewahren wolle.“ Die Maurergunst besteht in Teplitz schon seit dem Jahre 1712, wie es die Junftbücher ausweisen. Damit man aber in Zukunft nach mehreren Jahren weiß, welcher Monarch regiert hat, so sehen wir selbes bei und verwahren alles in den Knopf der Fahne und zwar der Landesherren war zu dieser Zeit Kaiser Ferdinand der Erste von Oesterreich, König von Böhmen, Oberstauhofgraf und Landesherren war S. Erzellenz Herr Carl Graf von Chotek, Fürst und Grundherr war Edmund v. Clary und

Wdringen, Sohn des unvergeßlichen Fürsten Carlo v. Clary und Wdringen.“

Dann folgt noch die Aufzählung der königlichen und städtischen Würdenträger mit allen ihren Titeln. Daß die Maurergunst von der geschichtlichen Bedeutung des Kaiserhauses und der übrigen Herrschaften allzu überzeugt gewesen wäre, kann man nicht gerade behaupten, da sonst lände sich wohl nicht der Passus darin, „Aß man deshalb alle diese Namen darin verewt, damit man „nach mehreren Jahren“ weiß, er damals regiert hat. Interessant ist indessen doch die Regung des geschichtlichen Bewußtseins, wenn es auch aus Etwiltsimus erfolgt und keineswegs die Geschichte der eigenen, sondern jen der Herrschenden der Zukunft übermitteln will.

Nach in den Neunzigerjahren finden wir ähnliche kaisertreue Anwandlungen, wenn wir die Ausstellung des Eisenbahnerverbandes beschauen. Da ist ein altes Protokoll des Kolonotivhervereines über einen Kongress, an dem als Erstes Geschäft eine Subdigungsadresse an den Kaiser beschlossen wurde. Das Verbot der Eisenbahnerorganisation im Jahre 1894 hat dann die Geleer etwas rebellisch gemacht und seit dieser Zeit liert der Aufstieg der Organisation der Eisenbahner.

Neben diesen heute allertümlig anmutenden und dabei verhältnismäßig gar nicht so alten Dokumenten sehen wir die Uebergangsstadien, per die gefordert zu reden sein wird, die gehörigen Einmischungen in die Kämpfe der Arbeiter die in den Neunzigerjahren und später geschlossenen Arbeitsverträge — und dann das Bild der modernen Gewerkschaft. Es ist ein stolzes Stüd Arbeit, das hier die proletarische Bewegung gelistet hat. Es wird zu leicht vergessen, wieviel Arbeit überzeugter Genossen dazu nötig war, die heutigen Verhältnisse zu erkämpfen und es wird nur mütlich sein, in den folgenden Aufsätzen die Periode der heldenhaften Kämpfe der Gewerkschaften zu sprechen.

Achtstundentag und Rückgang des Alkoholkonsums. Das französische Arbeitsministerium hat eine Untersuchung angestellt über die Art und Weise, mit welcher der französische Arbeiter seine vermehrte freie Zeit benützt. An Stelle der achtstündigen Arbeitszeit zu Anfang des Jahres 1904 trat die achtstündige im April 1919. Es zeigt sich ein merklicher Rückgang des Alkoholkonsums bei der Arbeiterbevölkerung und besonders seit Kriegsende. Als Ursachen werden bezeichnet: der stark gestiegene Preis, die einschränkende Kriegsgesetze, die in Schule und in Arbeiterkreisen betriebene Propaganda und endlich verschiedene mehr indirekte Faktoren: Verschiebung gegen die Vororte, Entwicklung der Gartenstädte, der Sport- und Musikervereine, stärkerer Besuch der Fachkurse, der öffentlichen Bibliotheken usw. Die jüngste Enquete bei den Arbeitern besaß sich besonders mit den Arbeitsverhältnissen am Montag und den Unregelmäßigkeiten und Anständen wegen Krankheit während der Arbeit, und zeigte sich besonders in Paris eine wesentliche Besserung; die alten ansehbaren Zustände zeigten sich nur noch bei den Arbeitern über 40 Jahren. Im Sommer sind alkoholfreie Getränke bedroht. Nach vollendeter Arbeit halten sich die Arbeiter nicht mehr in den Kneipen auf, sondern beeilen sich nach Hause, in ihr kleines Gärtchen zu kommen. Während vor dem Kriege durchschnittlich auf die Bewohner 4,77 Liter reinen Alkohols kamen, sank der Konsum nach dem Kriege auf 3,2 Liter. Für den Wein betrug der Durchschnitt 225 Liter gegen 173, für den Most 4 gegen 4,3 und für das Bier 27,1 gegen 25,8 Liter, das bedeutet eine Abnahme um 20 Prozent, 23 Prozent, 10 Prozent und 5 Prozent für Paris. Die Berichte aus den industriellen Zentren des übrigen Landes lauten ähnlich; in einzelnen Orten wird mit einer Abnahme von 50 Prozent gerechnet. Der Alkoholkonsum sank von durchschnittlich 4,17 Liter auf 2,20 (45 Prozent).

Er ist natürlich unschuldig! Wie aus Berlin gemeldet wird, hat der ehemalige General der Infanterie Freiherr von der Goltz, der in dem Prozesse gegen den Geschäftsführer des Luftfahrerdanks Aufsicht genant wurde, und den der „Vorwärts“ als Schurke bezeichnete, weil er 32.000 Mark Fantiemen erhalten hat, gegen den verantwortlichen Reaktor des „Vorwärts“ den Strafantrag gestellt. Freiherr von Goltz will den Beweis antreten, daß er mit den Verfehlungen Aufsicht nichts zu tun habe.

Ein Vater, der die eigenen Kinder mißbraucht und ansteckt. In Zuzim wurde ein 44jähriger Mann verhaftet, weil er mit seinen vier Töchtern im Alter von 20, 17, 16 und neun Jahren geschlechtlich verkehrt und sie angesteckt hatte. Die vier Mädchen wurden ins Krankenhaus gebracht. — Auch ein zweiter Fall wurde aufgedeckt. Ein Vater mißbrauchte sein siebenjähriges Kind, das er gleichfalls ansteckte. Die Polizei ist weiteren Verbrechen dieser Art auf der Spur.

Siedlungsunternehmen Neu-Karlruhe. Wir haben feinerzeit von dem Debacle des badischen Siedlungsunternehmens Neu-Karlruhe berichtet, das tausende von Süddeutschen nach Uruguay auswandern lassen wollte, ohne für den Siedlungsplan reelle Grundlagen zu besitzen. Nur geringen Teilen dieser Auswanderer die bedenkenlos nach Südamerika geschickt wurden, ist es geglückt, drüben festen Fuß zu fassen. So ist eine dieser glücklichen Auswanderergruppen auf den Ländereien der Liebiggesellschaft in der Provinz Corrientes, Argentinien, eingetroffen, um dort auf genossenschaftlicher Grundlage ihren Siedlungsplan durchzuführen. Die Liebiggesellschaft stellt einen kapitalträchtigen Konzern dar, der zur Überwindung der ersten Schwierigkeiten die Hand bietet. Diese Gesellschaft besitzt in den Provinzen Corrientes und Misiones größere Ländereien, von denen sie einen Teil für die Ansiedlung der Badener Gruppe zu einem günstigen Preis zur Verfügung stellt. Das Kapital zum Ankauf des Landes liefert die Nationale Hypothekbank, die erst auf den Schätzwert zu 80 Prozent verleiht, sowie die Liebiggesellschaft selbst, da den Ansiedlern Lebensmittel und Gerätschaften für die nächste Zeit zur Verfügung gestellt werden müssen. Als Wohnung dienen vorläufig bis zum Bau eigener Wohnhäuser zwei Eisenbahnwagen sowie Zelte, die gegen geringes Entgelt von der Bahngesellschaft gestellt werden. Die Bahngesellschaft hat sich bereit erklärt, auf alles Material für die neue Kolonie eine Frachtbegünstigung von 50 Prozent zu gewähren, die andere Hälfte bezahlt die Regierung, so daß den Kolonisten aus dem Transport ihrer Bedarfsartikel auf mehrere Jahre hinaus keine Unkosten erwachsen sollen. Der Ankauf der Gerätschaften wird nach Feststellung der Bedürfnisse an Ort und Stelle durch Vermittlung eines Auktatoriums besorgt. Das Land wird je nach Qualität in Losen von 40 und 100 Hektaren verteilt und den einzelnen Familien zur Bearbeitung übergeben. Der Rest wird neuen Einwanderern vorbehalten und zunächst gemeinschaftlich bearbeitet. Falls ein Kolonist das Land nach einiger Zeit aufgeben möchte, werden ihm die Verbesserungen vergütet und das Land fällt an die Genossenschaft zurück, so daß Boden speculation vermieden wird. Der Vorteil der Gesellschaft wird in der Valorisierung der Nachbarkolonien bestehen, die sich von selbst einstellen, sobald die neue deutsche Kolonie Erfolg hat.

Schwere Unwetterkatastrophen in der Pfalz. Die letzte Lage über die Pfalz niedergegangenen Gewitter haben in manchen Gegenden großen Schaden angerichtet, vor allem, da die Gewitter

von starkem Hagelschlag begleitet waren. In der Gegend von Münchweiler (Südpfalz) sieht die Landschaft einer dünen Wüste gleich. Der ziemlich tiefliegende Bahnhöfen und der lange Tunnel waren nach einigen Minuten durch angeschwemmten Schutt und Geröll vollständig bedeckt, so daß die fälligen Jüge Stundenlange Verspätungen erlitten. In Marzaban sind die Feldfrüchte vom Hagel vollkommen in den Boden geschlagen. Zwei Drittel der Getreideernte ist dort vernichtet. Ebenso schlimm sieht es in der Grünstädter Gegend aus und in der Umgebung von Kirchheimbolanden.

Ein Anarchistenprozess in Budapest. Wie die Blätter melden, wird vor dem Budapesteser Strafgerichtshof demnächst ein Prozess gegen vier Häftlinge verhandelt werden, die im Gefängnis eine anarchistische Verschwörung anzettelt. Die Häftlinge, ein Privatbeamter Kutisch, ein Fleischhauergehilfe, ein Handlungsgeselle und ein technischer Zeichner, die sich alle wegen Diebstahls im Gefängnis befinden, wollten einen weitverbreiteten anarchistischen Klub organisieren, der sich die Herstellung des europäischen Gleichgewichtes zum Ziele stellte, u. zw. in der Weise, daß er die führenden Politiker, die diesem Ziele im Wege stehen, nämlich Poincaré, Benes, Sorihy u. a. aus dem Wege schaffen wollte.

20 Kinder niedergetreten. Aus Veracruz wird telegraphiert, daß in einem dortigen Biographen bei einer nach einer Explosion des Film entstandenen Panik 20 Kinder niedergetreten und seiner 17 Kinder verletzt wurden.

Ein Ehepaar wegen 51 Morden angeklagt. Vor dem Warschauer Gericht wird in den nächsten Tagen eine sensationelle Gerichtsverhandlung gegen das Ehepaar Zboinski stattfinden, welches angeklagt ist, 51 Personen ermordet zu haben. Der Mörder Zboinski bekannte sich zu allen Verbrechen und erklärte, daß die Initiative zu diesen Verbrechen von seiner Frau ausgegangen sei.

Das Munitionslager in der Privatwohnung. Die Polizei hat in einer Privatwohnung ein großes Munitionslager sowie Magazine mit Explosivstoffen entdeckt. Das Material stammt von Diebstählen aus militärischen Magazinen. Es wurden viele Verhaftungen vorgenommen.

Ein Todesurteil in Paris. Der Räuber Marelli, welcher einen amerikanischen Bankier in New York beraubt und ihn und seine Frau mit der Waffe bedroht hat, wurde vom Pariser Schourgericht zum Tode verurteilt. Die Geschworenen haben erklärt, daß sie ein Gnadengesuch befürworten werden.

Vom Bliz getötet. In Hangelberg, einem Berliner Ausflugsort an der Spree, schlug der Bliz in eine Gruppe von Badenden. Zwei Frauen und zwei Mädchen wurden vom Bliz getroffen. Ein zwölfjähriges Mädchen war sofort tot, die drei anderen erlitten schwere Verletzungen. In der Nähe wurden zwei weitere Kinder vom Blizschlag getroffen und ins Krankenhaus gebracht.

Die Kugel „Hansfrau“. In einem Stockholmer Blatt sind jetzt ein ganzes Jahr hindurch Aufsätze über Haushalts- und Erziehungsfragen erschienen, die wegen ihrer Einfachheit und unterhaltenden Form das Entzücken der Leserinnen des Blattes bilden. Die Aufsätze waren unterzeichnet mit Ann-Mari Lundberg, und Frau Lundberg wurde bald mit Briefen von Frauen und Fräulein überhäuft, die mit diesem Stolz ihres Geschlechts, dieser Klugheit aller Frauen, persönlich zusammenzutreffen wollten. Die Redaktion hatte ihren guten Grund, das Anagnitio von Frau Lundberg nicht zu fassen: bald schrieb sie, daß die Verfasserin im Ausland weile, bald, sie wolle nicht in die Öffentlichkeit treten. Aber je unzugänglicher Frau Lundberg war, desto eifriger wurden ihre Leserinnen, und als sie schließlich gar aufgefordert wurde, einen öffentlichen Vortrag zu halten, gab sie das Spiel verloren, gab sich ihren Leserinnen zu erkennen und — entpuppte sich als ein Mann. Der Verfasser, der so gut in allen weiblichen Künsten Bescheid wußte, war der Journalist Sten Granlund, der in der literarischen Welt auch als Dviker geschätzt ist.

Ein männerloses Hotel. In New York ist vor kurzem das erste, für alleinlebende Damen bestimmte Hotel eröffnet worden, das den Bewohnerinnen das Höchstmäß von Sicherheit verbürgen soll. Satzungsgemäß ist den Männern das Betreten der Etagen untersagt, und ebensowenig dürfen sie sich in den Gesellschafts- und Versammlungsräumen aufhalten; nur wenn ein Herr von einer Dame eingeladen wird, darf er die Räume des Hotelrestaurants betreten, während alle anderen Besucher in der Hotelhalle warten dürfen, wo sie unter der strengen Aufsicht des Direktors bleiben. Durchreisende Fremde und Neugierige, die das eigenartige Etablissement besichtigen wollen, müssen sich mit einem Einlaß durch die Glassenster des Portieres begnügen, wo sie nicht weiter sehen als eine Reihe von bequemen Klubsesseln, für die Wartenden bestimmt, die keine der im Hotel wohnende Damen besuchen. Das starke Geschlecht wird ausschließlich von dem Direktor und dem Kassierer vertreten; das gesamte übrige Personal setzt sich aus Frauen zusammen, angefangen von der Frühstückspußerin, bis zur Leiterin des Restaurants.

Humor. (Eingefallen.) Junger Ehemann: „Lob wehl, mein Schatz! Und sollte ich heut' abend verschwinden sein, pünktlich zu kommen, so schide ich dir einen Brief...“ Gattin: „Lieber Mann, das ist gar nicht nötig, den habe ich mir bereits selbst und fertig aus deiner Rocktasche genommen.“

Wetterbericht vom 24. Juli. Von Westen her breitet sich eine Abkühlung nach Mitteleuropa aus. Böhmen hatte Mittwoch nur 20 Grad Celsius, während es in der Slowakei noch heiß war (Koschau 32 Grad Celsius). Die Niederschläge haben sich über die ganze Republik ausgebreitet. In Böhmen und Mähren hatten sie den Charakter von Schauern, in der Slowakei von Gewittern. Die größte Regenmenge niederte Neudorf mit 22 Tropfen und Nachod 13 Millimeter. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Unbeständig, Schauer, wenig geänderte Temperatur.

Volkswirtschaft.

Eine wichtige Entscheidung.

Das Bergbauchiedsgericht in Brüx hat am 15. Juli über eine Urlaubsfrage eine wichtige Entscheidung gefällt, die im nachstehenden wörtlich wiedergegeben sei:

Beschluß. Prj. 307/24/2. Das Bergbauchiedsgericht in Brüx hat in der Rechtsfrage der klagenden Partei: Wenzel Anders, Bergmann in Haan Nr. 78, wider die beklagte Partei: Betriebsleitung des Bihlschachtes in Haan wegen: Nachzahlung der Urlaubsgebühr für zwei Urlaubstage den folgenden Beschluß gefaßt: Die beklagte Partei ist schuldig, dem Kläger die Urlaubsgebühr für zwei Urlaubstage binnen 14 Tagen bei Exekution zu bezahlen. Gründe: Unbestritten ist, daß der Kläger auf dem Bihlschachte beschäftigt ist, am 1. Mai 1924 seinen 12tägigen Erholungsurlaub antrat, den Ertrag des Lohnes während des Urlaubes jedoch nur für 10 Tage erhielt. Der Kläger führt weiter aus, daß gemäß dem Gesetz vom 1. Juli 1921, Nr. 262 Slg., der Lohnertrag für jeden Tag des Erholungsurlaubes gebührt und beantragt daher die Zurückzahlung der beklagten Partei zur Nachzahlung derselben für die zwei Urlaubstage. Die beklagte Partei beantragt die Abweisung der Klage mit der Begründung, daß an zwei Tagen während des Erholungsurlaubes des Klägers am Werk nicht gefördert wurde und für diese Tage der Lohnertrag dem Arbeiter nicht zusteht. Gemäß § 1 des Gesetzes vom 1. Juli 1921, Nr. 262 Slg., betreffend den bezahlten Erholungsurlaub beim Bergbau werden die in den Erholungsurlaub fallenden Sonn- und Feiertage in den Erholungsurlaub eingerechnet und bezahlt. Gemäß § 6 des gleichen Gesetzes gebührt für jeden Urlaubstag dem Arbeiter außer allen üblichen Zulagen der Ertrag des Lohnes.

Es ist daher nach Ansicht des Gerichtes entscheidend, ob in einem bestimmten Falle die Feiertage in das nach § 1 des Urlaubsgesetzes bestimmte Ausmaß der Urlaubszeit eingerechnet wurden oder nicht. Da in vorliegendem Falle unbestritten ist, daß in den Erholungsurlaub des Klägers zwei Feiertage gefallen sind, gebührt demselben gemäß § 6 des erwähnten Gesetzes auch für diese der Ertrag des Lohnes. Der Klage war aus diesem Grunde stattzugeben.

Streit der Tongrubenarbeiter in Tscheslonij. Mittwoch, den 23. Juli sind die Tongrubenarbeiter der Tongrube „Hohe Gud“ in Tscheslonij in den Streit getreten. Seit 5 Jahren kämpfen diese Tongrubenarbeiter um ein vertragliches Verhältnis, welches von den Tongrubenbesitzern in Eger immer abgelehnt wurde, angeblich wegen „Unrentabilität“ dieser Grube. Die Unrentabilität haben die Tongrubenbesitzer immer vorgeschützt, aber die hohen Gewinne haben sie Jahr für Jahr steuergemäß eingezahlt. Durch fünf Jahre wurden diese Grubenklaven, die vierzig Meter unter der Erde Ton graben mußten, ausgebeutet. Ihr Leben und ihre Gesundheit mußten diese Arbeiter aufs Spiel setzen, um die Taschen dieser Tongrubenbesitzer füllen zu helfen. Bei wanzig Arbeitern wurden drei Aufseher angestellt, die die Arbeiter antreiben mußten. Diese Verhältnisse konnten die Arbeiter nicht länger ertragen. Da ihre neuerliche Forderung, ein vertragliches Verhältnis abzuschließen, wieder abgelehnt wurde traten sie in den Streit. Solange der Streit dauert, ist Zugang auf der Tongrube in Tscheslonij strengstens untersagt. — Die Parteiblätter werden im Abdruck sebeten.

Wenn deutsche Fabrikanten im Kampfe stehen. Am 15. Juli l. J. traten die im Werkmeisterverein Reichenberg organisierten Meister und Vorarbeiter in Westschlesien und Nordmähren in den Ausstand, um den Abschluß eines Kollektivvertrages zu erreichen. Die Verhandlungen wurden in Mähr.-Schönberg geführt, doch gelang es den einzelnen Industriellen, Streikbrecher aufzutreiben, so daß der Streit zusammenbrach; auch in Freiwaldau, wo die Meister der bekannten Scharnacherfirma Regenhart im Streike standen. Als diese nämlich erfuhr, daß in Schönberg, Liebau und Hohenstadt gearbeitet werde, suchten sie die Wiederaufnahme der Arbeit zu erreichen. Allein die Firma Regenhart, die in Mähr.-Schönberg versprochen hatte, den Eintritt so zu ermöglichen, daß „kein Stachel zurückbleibe“, verlangte in Ausnützung der Situation bedingungslos die Bitte um Aufnahme in die Arbeit. Als auch dies unter dem Drucke geschehen war, wurden die Hauptstreikführer und diejenigen, die man als solche ansah, gekündigt. Darunter der Obmann des Betriebsausschusses der Angestellten und Beamten und die Vertrauensmänner der einzelnen Abteilungen. So steht die Angelegenheit heute und die organisierten Meister und Vorarbeiter könnten, wenn sie wollen, noch darüber entscheiden, ob sie sich die Maßregelung ihrer Vertrauensleute widerspruchslos gefallen lassen.

Eines kann heute schon hervorgehoben werden: die im deutschnationalen Handlungsgesellenverband (D. S. V.) organisierten Beamten, die sogenannten besseren Leute, oder solche, die es sein wollen, haben nicht nur anfangs verlagert und sich abseits gestellt, sie lassen auch den von ihnen gewählten Obmann des Betriebsausschusses nicht nur glatt im Stich, sondern einzelne verhöhnen noch die Meister! Wahrscheinlich eine ehrenwerte Gesellschaft! Das Vorgehen der Firma Regenhart aber zeigt, was sich die Unternehmer heute schon wieder gegen Arbeitnehmer erlauben. Interessant ist es auch, daß die Chefs der Firma Regenhart zu den führenden Männern des Deutschtums in Freiwaldau gehören, daß einer von ihnen das „deutsche Sudetenland“ aufrichten half. Obmann des deutschnationalen Volksgewerksverbandes in Freiwaldau ist, der nicht genug pathetische Worte für die Rettung des Deutschtums finden kann, der nun deutsche Meister davon jagt, die sich erschrecken, gegen die Heiligkeit des Untertanentums aufzutreten. Dabei wird dieser skandalöse Vorgang nun um so aufreizender wirken, als die Entlassungen nicht einmal mit dem entschuldigt werden können, daß es galt, den Terror der „Roten“ zu brechen, da die Betroffenen gute Deutsche und Christlichsoziale sind. Nun erfahren auch diese es, daß das Deutschtum solcher Leute nur bis zur Tasche reicht und das Christentum nur dann gilt, wenn es nichts kostet.

Lohnbewegung in der Brauindustrie in Böhmen. Mitte Juli haben in Prag zwischen dem Schuterverbande der Brauereien in Böhmen und den Vertretern der Arbeiterorganisationen in Prag Verhandlungen stattgefunden, die zum Gegenstande eine 15prozentige Lohnforderung von Seiten der Arbeiter hatten. Der freigewerkschaftliche Zentralverband der Lebensmittelarbeiter war bei diesen Verhandlungen nur indirekt beteiligt. Da dieser seinerzeit den geschlossenen Lohnvertrag nicht akzeptierte und außerdem in verschiedenen Gebieten und Orten besondere Vereinbarungen hatte. Die Unternehmer lehnten eine 15prozentige Lohnerhöhung kategorisch ab und bewilligten nur eine außerordentliche Teuerungszulage von 1,25 Wochenlohn an Beheiratete und einen Wochenlohn an ledige Arbeiter. Die Vereinbarung ist nun am Mittwoch, den 16. Juli 1924 von den in Betracht kommenden Organisationen gefertigt worden.

Unsere Ausfuhr im ersten Halbjahre 1924. Nach den Ermittlungen des Statistischen Staatsamtes erreichte die Ausfuhr im Juni den Wert von 1327 gegen 1600 Millionen Kronen im Mai d. J. und gegen 1010 Millionen Kronen im Juni 1923. Im ersten Halbjahre des heurigen Jahres haben wir Waren im Werte von 7831 Millionen Kronen ausgeführt gegen 5612 Millionen Kronen im ersten Semester 1923, so daß neuer um rund 2220 Millionen Kronen mehr exportiert wurden als im Vorjahr. Im Monatsdurchschnitt wurden in den ersten sechs Monaten d. J. Waren im Werte von 1300 Millionen Kronen exportiert gegen rund 985 Millionen Kronen im Vorjahr. — An der gesamten Ausfuhr im Juni im Werte von 1327 Millionen Kronen (1192 Millionen Kilogramm und 500.000 Stück) partizipierte der Export aus dem freien Verkehr mit 1211 und der Export im Vorkriegsverkehr (Bereidung und Reparatur) mit 116 Millionen Kronen. Von der gesamten Ausfuhr im ersten Halbjahre (6208 Millionen Kilogramm und 3,3 Millionen Stück im Werte von 7831 Millionen Kronen) entfielen auf die Ausfuhr aus dem freien Verkehr 7308 und auf den Export im Vorkriegsverkehr 523 Millionen Kronen.

Die Folgen des Zusammenbruchs der Depositenbank. In einer Mittwoch abgehaltenen Sitzung des Verwaltungsrates der allgemeinen Depositenbank wurde der Beschluß gefaßt, sämtliche Angestellte unter Einhaltung der gesetzlichen, bzw. vertraglichen Kündigungsfrist und unter Aufrechterhaltung der Abfertigungsansprüche vorrücksichtshalber zu kündigen, um den Termin nicht zu verabsäumen. Das Verlangen des Betriebsrates, bei Fortbestand des Institutes, abgesehen von Personen in führender Stellung, alle bisherigen Angestellten weiter zu beschäftigen, wurde von der Verwaltung als durchaus begründet anerkannt und eine Einigung darüber erzielt, daß eine paritätische Entscheidung über die im Dienste zu belassenden Angestellten gefaßt werden wird.

Die Industriekrise in Polen. Die polnische Industriekrise tritt augenblicklich scharf im Bezirk Bialystok in Erscheinung. Mehrere Textilfabriken in der Umgegend von Bialystok, die bisher Militäraufträge hatten, werden schließen müssen, falls diese Bestellungen nicht erneuert werden. Die Exportausfichten sind wegen der italienischen und tschechoslowakischen Konkurrenz gering, zumal die früheren, namentlich die russischen Märkte zurzeit ausgeschaltet sind. Infolge der Geldknappheit sehen sich die Fabriken dauernd zu bedeutenden Reduktionen der Preise gezwungen. Die Arbeiter werden teilweise in Waren entlohnt. Für Polnisch-Oberschlesien hat das Arbeitsministerium 1.750.000 Stroh zur Verfügung gestellt, die zur Entpflanzung der Luge aber nicht ausreichen. Die Woiwodschaften stellen aus ihrem Budget Kredite zur Verfügung, um Straßen, Wege und kleinere Arbeitshäuser von den Arbeitslosen bauen zu lassen.

Ausperrung in der dänischen Eisenindustrie. Der Arbeitgeberverband der Eisenindustrie hat die Arbeiter als Antwort auf die gestellten Lohnforderungen ausgesperrt. Die Aussperrung tritt am Montag abend in Kraft und trifft 11.000 Arbeiter.

Mitteilungen aus dem Publikum.



Die Einmache- oder Einsiebelzeit ist da. Obst- und Beerenfrüchte werden von der Hausfrau für den Winterbedarf eingelagert. Da wird der Biebeschäftigten gerade zur rechten Zeit ein Präparat geboten, welches das einfachste, billigste und trotzdem ausgezeichnete Verfahren zum Haltbarmachen ermöglicht, nämlich Deiters Einsiebelhilfe (Eingetragenes Warenzeichen). 1 Bäckchen à 60 Heller verhindert das Verderben von 5 Kilogramm eingemachten Früchten, Gelees, Marmeladen, Fruchtjäsften, Gurken und dergl. und verhindert jegliche Schimmelbildung. Wer von den Lesern dieser Zeitung sich dafür interessiert, erhält von Dr. A. Deiter, Brünn, eine Anzahl ausprobiertes Rezeptre zum Einsiebeln gratis und franco zugesandt. (2809)

Neine Chronik. Desinjektionsmittel.

Umfassende Krankheiten werden durch sehr kleine Lebewesen (Mikroorganismen) hervorgerufen, die größtenteils zum Pflanzenreich gehören und die oft einen Durchmesser von noch weniger als einem Tausendstel Millimeter haben. Nicht alle Mikroorganismen sind schädlich, manche sind sogar für das Bestehen des Menschen notwendig. Die als Krankheitserreger wirkenden Mikroorganismen nehmen stets ihren Ausgang von kranken Menschen oder kranken Tieren. Die Verbreitung von Krankheitskeimen kann noch erfolgen, wenn der Kranke bereits wieder genesen ist. Menschen und Tiere können als Vektoren wirken, indem sie Krankheitskeime ausscheiden und sie, ohne selbst zu erkranken, auf andere Menschen übertragen.

Die Aufgabe der Desinjektion ist es, die Krankheitserreger rasch und sicher zu vernichten, ohne einen sonstigen Schaden anzurichten. Zur raschen Vernichtung der Krankheitserreger ist die regelmäßige Desinjektion im Krankenzimmer notwendig, um die Verbreitung der Keime möglichst zu verhindern. Neben den allgemeinen sanitären Maßnahmen bedürfen wir uns zur sicheren Vernichtung der Krankheitskeime hauptsächlich chemischer Mittel. Diese chemischen Mittel müssen sich der Lebens- und Widerstandsfähigkeit der Mikroorganismen anpassen. Die durch die einzelnen Desinjektionsmittel angewandten Vernichtungsmethoden sind verschieden. Die Kalkmilch, eines der besten und billigsten Desinjektionsmittel, wirkt tödlich auf die Bakterien, indem sie deren Leibchen mit einer Kruste feinsten Kalkförmchen umschließt und auflöst. Sublimat verwandelt den Eiweißgehalt, auch der lebenden Bakterien, in eine unlösliche Verbindung von Quecksilber und Eiweiß und vernichtet dadurch die Krankheitserreger.

Die wichtigste Gruppe der Desinjektionsmittel bezieht man als Bakteriengifte. Sie wirken, auch in kleinster Menge, abtötend auf die Bakterien, ohne daß bisher exakt erforscht ist, wie diese Wirkung eintritt. Als Bakteriengifte werden in erster Linie Teerdestillate, die Phenole und Kreosole, angewendet. Das Phenol, die Karbolsäure, hat in der modernen Desinjektion nicht mehr die frühere Bedeutung. Es wurde verdrängt durch die Kreosole, die ebenfalls ein Produkt des Steinkohlenteers darstellen. Die Kreosole sind wirksamer gegenüber den Bakterien, dabei wenig giftig und billiger als Karbolsäure. Das erste in den Handel gebrachte Kreosolpräparat war das Kreolin, das inwieweit wirksam ist durch das noch wirksamere Solol. Die bekanntesten Sololpräparate sind: Saprol, Kreosolponat und Kreosol. Diese Desinjektionsmittel sind alle von sehr großer Wirkung, verbreiten indessen lange Zeit einen durchdringenden, unangenehmen Geruch, der ihre Anwendung erschwert. Das Streben nach Vereinfachung dieses Nachteils führte zur Entdeckung einer fast geruchlosen Verbindung der Kreosole mit Chlor, die die Grundsubstanz zu einem Teil der besten modernen Desinjektionsmittel bildet. Grote, Phobrol und Eogrotan beruhen auf dieser Verbindung, die einen wesentlichen Fortschritt gegenüber den früheren Desinjektionsmitteln darstellt.

Von sozialistischen Feiertagen.

Wir glauben dem Ziele nah zu sein und sehen uns heute weit davon. Damals, nach dem „Zusammenbruch“, dem „Umschwung“, dem „Siege“ — oder wie immer die Perspektive gewesen sein mag, aus der die Völker das erschütternde Geschehen und Erwachen erlebten — damals fühlten es die Millionen argwöhnlich, daß die verbrecherische Gesellschaftsordnung beseitigt werden müsse, die so viel Elend herbeiführt hat, damals strömten sie zu uns, die Gläubigen, die das große Wunder von uns erwarteten. Aber ihr Glaube war nicht stark genug und die Einsicht fehlte ihnen, wie groß die uns gestellte Aufgabe war, wie gewaltig die Schwierigkeiten, wie lang der Weg. Der Wille der Massen

drängte nach dem Neuen, aber der Geist lag noch im Banne der alten Vorurteile und es wurde den verbrecherischen Machthabern nicht schwer, mit Hilfe dieser überlebten Vorurteile, der „Ideale“ des Nationalismus und der Religion, die gewaltige Armee der Geknechteten und Betrogenen zu entzweien und zu zerstückeln. Und doch, die Scharen, die unserer Idee treugeblieben sind, die Kerntruppen des Sozialismus, sie sind trotz alledem stark genug, viel mächtiger als vor dem Kriege und, wenn wir die feindliche Festung auch nicht überrumpeln könnten, — ihre endliche Eroberung scheint uns gewiß!

Eines aber sehen wir heute, nach jenem ersten großen Gefecht — der Bann der alten Vorurteile, in denen die Massen leben, muß gebrochen werden, wenn wir siegen wollen. Wir haben die Macht der Kirche unterkühlt, die in jenem gewaltigen Ringen wie stets vorher, als getreuer Helfer an die Seite der Mächtigen trat. Durch tausend Kanäle wissen ihre Diener die einschleiernden Gifte der Ueberlieferung und der Einseitigkeit in die Gehirne zu leiten und den revolutionären Glanz der Geister zu betäuben. Wir alle, die wir uns Sozialisten nennen, denken vielleicht revolutionär, aber wir leben in Traditionen. Nach dem Gebot der Kirche feiern wir den Sonntag, Weihnachten, Ostern. Und haben doch unsere eigene Religion, die nur nüchtern nennt, wer sie nicht kennt, ein leuchtendes, herrliches Ideal, wenn es auch erreichbar ist und von dieser Welt. Unsern Glauben daran, daß die Erde zu einem Garten werden kann, der allen reichlich spendet, wenn vernünftig gewirtschaftet und gerecht verteilt wird. Daß Krankheit und Krieg, Not und Elend, diese feindlichen Gewalten, von der sozialistischen Gesellschaft gebannt und in Fesseln geschlagen werden können. Daß der Kampf aller gegen alle erfehrt werden kann durch die allgemeine gegenseitige Hilfe.

Und der Sozialismus, der dieses herrliche Ideal im Herzen trägt, der auf eine ruhmvolle, siegreiche Geschichte zurückblickt, — der Sozialismus sollte uns nicht unsere eigenen Feste geben können? — Eines hat er uns schon geschenkt, den Tag, an dem unser Macht alle Räder still stehen ließ, an dem die ganze Welt sich vor der Arbeit neigt, unsern herrlichen, jubelnden ersten Mai! Und wieder wird sich in wenigen Tagen das Proletariat der ganzen Welt zu einer Feier rüsten, zu seiner jubelnden Freiheit, zu einer düstern, schweren Totenfeier — zum zehntenmal jährt sich der Tag, an dem der Imperialismus das schrecklichste Verbrechen an der Menschheit begangen, an dem das große Nordden begonnen hat. Ein internationaler Welttrauertag soll der 27. Juli für das Proletariat sein und bleiben und als solcher solange und jedes Jahr gefeiert werden, bis einst in der neuen sozialistischen Gesellschaft der Weltfriede verbürgt und aus dem Kriegsgedenktage der Weltfriedenstag geworden ist. Ausgerittelt sollen am 27. Juli alle jene werden, die den Weltkrieg erlebten, erschüttert sollen die Jungen, an denen seine Leiden vorübergingen, in den heiligen Schwur miteinstimmen: Nie wieder Krieg! — Aber unsere internationale, die den 27. Juli zum Welttrauertag machen kann, hat es in der Hand, dem Proletariat der Welt auch seine Feiertage zu schenken. Der Idee der Kinderfreunde wird in der Welt für sich. Ein Festtag der Proletarierkinder im Jahr, ein internationaler „Freundschaftstag“, an dem die Kinder der Armeen von den Reichen benedict werden sollen, ein jubelnder Sonntag im Juni oder Juli, der die Proletarierkinder aller Länder vereinigt, damit sie die siegende Kraft der Idee ansehend spüren, der sie einmal ihre Kräfte widmen wollen. Und dann der internationale Festtag der Jugendweihe, der sozialistischen Firmung, der Festtag des Gelübdes, wie würde er die heranwachsenden Kinder, die an diesem Tage zum erstenmal den Ehrentitel „Genosse“ empfangen würden, begeistern können, wenn sie wüßten, daß am gleichen Tage in der ganzen Welt, überall wo Menschen wohnen, Tausende und Abertausende junger Kämpfer in das große Heer, in die Armee des Sozialismus eingereiht werden. Und später dann, wenn unser Parteibildungswesen ausgebaut sein wird, wenn jedes Jahr aus den Parteischulen die jungen Funktionäre, unsere kommenden Führer, ausgemustert werden — auch dann würde ein gemeinsamer Festtag, der Tag der Führerweihe, wie ein mächtiger Pulsschlag den Körper der internationalen Partei beleben und in den Herzen der kommenden Priester unserer Idee die helle Begeisterung auslösen können.

Wenn wir Sozialisten keinen Personenkultus treiben, so heißt das nicht, daß wir der Dankbarkeit vergessen. Wir wollen einen Festtag feiern, an dem wir unserer großen Toten gedenken, aber auch der zahllosen Kämpfer, die ruhmlos am Wege sterben, der „unbekannten Soldaten“ der Revolution. In der ganzen Welt wollen wir an diesem Tage gemeinsam unserer großen Führer gedenken, an jedem Orte aber derjenigen, die im Dienste der Partei der Heimat gekämpft und gelitten haben. Ein jeder Genosse soll wissen, daß seine Arbeit, wenn sie sich auch im kleinen Kreise auswirkt, unvergessen bleibt und daß kein Name an unserm Totenfesttag, an unserm sozialistischen Allerfeientag noch lang nach seinem Tode rühmend bewahrt werden wird. — Wir wollen unsere internationale Märzfeier begehen, den Tag der Freiheit und der Hoffnung. Und der Sozialismus, der eine Religion der Freude und der Lebensbejahung ist,

so den Frühling feiern und den Sommer, den Herbst und den Winter, er soll sie draußen in der geliebten Natur feiern, die grausam sich zeigt nur der Unvernunft, aber bunt und mild dem Menschen, der durch Vernunft sie meistert. — Und vielleicht einmal — noch wagen wir es nicht zu hoffen — wenn die Gegensätze in den Reihen des Proletariats überwunden sein werden, werden wir jenen Tag der Versöhnung und Vereinigung feiern, der die feindlichen Brüder wieder in eine machtvolle Phalanx zusammenschweißt, vor deren Ansturm es keinen Widerstand mehr geben wird. — Jetzt aber kommen wir zu den schwierigen, zu den praktischen Fragen. Wann sollen wir die Feste begehen, wie sollen wir sie feiern? Solange wir noch die Partei der Rechtslosen sind, solange unsere Macht zu klein ist, die Privilegien der Kirche zu zertrümmern, solange werden wohl unsere Feste an Sonntagen gefeiert werden müssen, da uns die Gewalt der bürgerlichen Ordnung am Wochentage zum Verdienen zwingt. Aber unser Ziel muß es sein, unsere Feste an die Stelle der kirchlichen Feiertage zu setzen, die ihren Sinn für den Menschen der Neuzeit längst verloren haben. Wie heute schon der erste Mai, werden einst unsere Feste Feiertage der ganzen Menschheit sein, bunte Kränze auf dem Haupte des jungen Menschheitkörpers. — Wie sollen wir unsere Feste feiern? Nicht roh und lärmend, nicht durch Rausch und Rauch, sondern durch edle Sinnenfreude und durch Naturgenuss, durch begeisterte Hingebung an die Schönheit der Kunst und die Gewalt der Wissenschaft. Wenn wir auch die Religion bekämpfen, die Begeisterung brauchen wir, um eine Welt zu zerstören und eine neue aufzubauen. Unsere Führer in der Internationale aber, auf deren Wort das Proletariat der ganzen Welt lauscht, bitten wir, die Frage zu erwägen, ob es nicht möglich wäre, durch gemeinsame Feste das internationale Band ebenso zu festigen wie durch gemeinsame Kämpfe. Hugo Jits.

Kunst und Wissen.

Ensemble, Gastspiel des Modernen Theaters in Wien: „Die kleine Bühne“ von D. E. Hesse. (Kleine Bühne.) Wir haben wieder einmal „gutes Theater“ im wahren Sinne des Wortes, d. h. nicht etwa künstlerisch hohe Werte bieten, aber eine sauber gespielte Satire auf unsere Zeit, auf alte „Moral“ und „neue Unmoral“. — Dabei hat das Hessesche Stück seinen ersten geistigen Urheber nicht die Seite des Rheins, aber auch der Satire französischer Pikares: hat dem nicht unwichtigen Dialog, der seine besten Feinheiten aus dem Gegenstand deutscher Gelehrtenwissenschaftlichkeit und unbedarfter Kosmopolitischer Paternalität zieht, nicht geschadet. — Den Stoff des satirischen Lustspiels, in dem allerdings die Satire den Humor stark verdrängt, zieht Hesse — wie seine französischen Vorbilder — aus einem Paragraphen des B. G. B., der besagt, daß man die Frau, mit der man die Ehe geschlossen hat, falls das Datum als Scheidungsgrund angeführt wird, nicht heiraten kann. — Aus diesem Grunde ist der gute Professor Gottlieb Bergamenter, um aus seiner Ehehölle zu entkommen und in einen neuen Eheschleier mit einer so professionell heimlich geliebten jungen Ärztin zu gelangen, gezwungen, den Ehebruch mit einer dritten zu begehen, die sich ihm in seiner modernsten denkenden Pensionärin — wider Erwarten schnell — selbst anbietet. Daß diese dritte so gar keine weiteren Anforderungen an alle Beteiligten stellt, ist das juristisch-dramatische Reizgewinnstmittel und schmerzlos. — Durch den kurz flüchtigen Stoff wäre die obige Gesamtkritik: „Gutes Theater“ nur zum kleineren Teil begründet; den größeren Teil am Erfolge hat das sorgfältige, bis ins Kleinste ausgeführte Zusammenspiel des „Modernen Theaters“, die durchwegs gelungene Besetzung jeder Rolle, das Aufgehen des einzelnen in der Gesamtwirkung. Einzigermaßen ungünstig war nur die Besetzung und Schrecker, die wir uns doch jugendlicher vorgestellt hätten. Herr Jensen gefiel durch seine trodene, konsequent selbshaltende Charakteristik des nach Freiheit sehenden Professors; Fr. Alice Laß gab die kleine, das Deutsche radebrechende „Unmoralische“ entzückend natürlich; sie ist eine wertvolle schauspielerische Individualität. — Die andern Darsteller: die Damen Serling, Fischer und Girth, die Herren Schrecker und Behal mögen sich mit einer Gesamtankennung bescheiden. Dr. K. E.

Schauspiel: Kräfte unseres Schauspielers. Der Schluß der heurigen Spielzeit bringt leider durchgreifende Veränderungen in dem Ensemble unserer deutschen Sprechbühnen mit sich; es scheiden darunter Kräfte von uns, die zu den besten Stützen des Schauspielers und Lustspiels gehört haben und nicht leicht von der Direktion werden durch eine gleichwertige Kraft ersetzt werden können. An erster Stelle steht hier Richard Romanowitsch, der an die Wiener Kammerspiele engagiert ist. Er hat in seinem nicht allzugroßen Fache der betrogenen Gemäuer, der ältlichen Bombanten, der unbegreiften Jungfrauen mit einem Johanns-trieb, Gestalten von bewundernder Komik geschaffen, die ihm einen bedeutenden Ruf und wertvolle Bekanntheit in allen Kreisen der Prager Theaterbesucher auch für die Zukunft sichern. — Eben so sehr ist der Abgang unserer jugendlichen Heldin Fel. Sonil Kainer, die an das Berliner Staatstheater abgeht, zu bedauern. Die von ihr hier zum erstenmal gespielten Frauengestalten Wöll, Apostelstiel; Tagore, Amal; Wersel, Schweiger; Jöfen, Solbeiß) bleiben in dauernder Erinnerung. — Wenn wir weiter erwähnen, daß auch Herr Wenzel Hoffmann und Herr Hans Helmuth Koch, die sowohl in klassischen, wie modernen Dramen über-

aus gut verwendbar waren, uns verlassen, läßt sich ermesen, wie schwierig es sein wird, die hahnenden Lücken in unserm Ensemble vollwertig auszufüllen. Die Direktion hätte wenigstens in einzelnen Fällen den Versuch machen müssen, diese scheidenden Künstler an Prag zu fesseln. Dr. K. E.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Heute „Die blaue Maus“ mit Richard Romanowitsch; Samstag „Rigoletto“, Gastspiel Hseo Jari; Sonntag Schlußvorstellung „Der ledige Schwiegersohn“.

Spielplan der Altonaer Bühne. Gastspiel des Wiener Modernen Theaters heute und Sonntag „Maison Grünwald“; Samstag „B. G. B. § 1312“.

Aus der Partei.

Prag, Samstag, den 26. Juli 1924, abends halb 6 Uhr, findet unter freiem Himmel auf dem Plage vor dem Primatialpalais eine Versammlung der Prager Arbeiterpartei gegen den Militarismus und gegen den Krieg statt. Referent: Dr. Strauß aus Prag.

Turnen und Sport.

Turner-Samariterkolonne 2/V. Samstag, den 26. Juli, um halb 6 Uhr abends, haben alle Samariter und Samariterinnen der Kolonne in voller Marschabstimmung mit Ausrüstung in der Kapellengasse in Teplitz gestellt zu sein, jedoch Einteilung des Dienstes bei der Kundgebung gegen den Krieg.

Bezirks-Samariterkonferenz. Sonntag, den 27. Juli vormittags 9 Uhr im Gasthaus „Hermannshof“ in Teplitz, Grünzengasse. — Jeder Verein muß vertreten sein. Die Obmänner sind hierfür verantwortlich.

Verzeichnis der Vereine des 2. Bezirkes folgenden Dienst: Sobochleben je ein Mann Russisches Roumout Priester, Schme Sobochleben, Blauer Stein, Sobochleben und Eisenbahnbrücke; Hohenstein bei Doblhoffschacht ein Mann; Marschen beim Bruch Mollan einen Mann; Soborten beim Antoniehof und in Neuhof je einen Mann; Turn je einen Mann bei Rauthhänschen Paripstraße, katholische Kirche, Brauhaus, Restaurant Union; Teplitz je einen Mann Cafe Bahnhofsstraße-Graupnergasse, Marktplatz, Cafe Jägerzeile-Allee; Kleinougezd je einen Mann; Bezirkskrankenhaus, Ortspilz, Settenz, Sportplatz Settenz; Hundorf je einen Mann Sportsplatz Settenz Sportplatz und Kaiserhöhe. Diese Einteilung muß von allen Vereinen eingehalten werden. Die Samariter müssen pünktlich zur Stelle sein. Alle Unfälle müssen sofort dem Disziplinleiter, welcher die Stafette per Auto begleitet, gemeldet werden. Also Meldung sofort beim Passieren des Käufers schreiben und den Zettel zur Abgabe bereit halten.

Turner-Samariterkolonne V. (5. Kreis). Zur Bundesstafette am Sonntag den 3. August haben die Bezirks-Samariterkolonnen wie folgt die Mannschaft zu stellen: Kolonne 6/V (6. Bezirk) von Strauß bis Rongstod, Kolonne 1/V (1. Bezirk) von Rongstod bis Briesen, Kolonne 2/V (2. Bezirk) von Briesen bis Settenz (Kaiserhöhe) Kolonne 7/V (7. Bezirk) von Settenz (Kaiserhöhe) bis Franzschacht bei Langgust, Kolonne 4/V (4. Bezirk) von Franzschacht bis Tschau-Triebtsch, Kolonne 8/V (8. Bezirk) von Triebtsch bis Stadigrenze Görtau, Kolonne 3/V (3. Bezirk) von Görtau bis Tschirmitz. Dort übernimmt der 6. Kreis den Dienst. Alle Bezirks-Samitaisleiter haben am Sonntag, den 27. Juli Bezirks-Samariterkonferenzen einzuberufen mit der Tagesordnung: Bundesstafette, Bundesfest Karlsbad, Samariterangelegenheiten. Auf diesen Konferenzen ist der Samariterdienst der betreffenden Bezirke dort genau einzuteilen, daß unbedingt keine Lücke entsteht. — Alle Bezirke haben sofort an den Kreis-Samariterleiter namentlich alle Samariter und Samariterinnen zu melden, welche am Bundesturnfest Dienst versehen.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Kiehnz. Druck: Deutsche Zeitungs-G. O. Prag für den Druck verantwortlich: O. Holik.

Wo vertehren wir?

Café Continental, Drag-Graben. Goldenes Kreuzel, Drag-Defazanta.

Gastwirtschaft Deutsches Vereinshaus Drag, Smetsky 22 (Urania).

Gastwirtschaft „Lidový dům“ der Genossenschaft „Ganymed“ Täglich PRAG II., Hybernská Nr. 1.

Café „Nizza“ Kgl. Weinberge, Jungmannstraße 27. Unser Stammlokal.